Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 10. Dienstag, den 9. Februar 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien v. 5. Februar 1892 unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Joh. N. Prix und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Prix: Die Sitzung ist eröffnet.

1. Die Gem.-Räthe Dr. Linke und Pollak entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Von Herrn Baron Haertl erhielt ich folgendes Schreiben: „Von den Erben des am 27. Jänner 1892 in Wien, IV., Theresianumgasse 33, verstorbenen Mitgliedes des österreichischen Herrenhauses, Herrn Louis Freiherrn von Haber-Linsberg bin ich beauftragt, Euer Hochwohlgeboren in Kenntnis zu setzen, dass dieselben beschlossen haben, den Armen Wiens den Betrag von 10.000 fl., sage Zehntausend Gulden ö. W. zuzuwenden.

Dieselben wünschen, dass bei Vertheilung dieser 10.000 fl. namentlich auf die Armen des IV. Bezirkes Rücksicht genommen werde.

Den Betrag selbst werde ich sofort nach seiner Flüssigmachung, das ist längstens in vier Wochen, bei der städtischen Casse erlegen." (Beifall.) Der Gemeinderath spricht hiefür seinen Dank aus.

3. Se. Excellenz Anton von Rubinstein hat bekanntlich ein Wohlthätigkeits-Concert zu Gunsten der Armen Wiens am verflossenen Sonntag veranstaltet. Das Reinerträgnis des Concertes von 4173 fl. 60 kr. wurde mir abgeführt. (Beifall.) Der Gemeinderath spricht hiefür seinen Dank aus.

4. Frau Mathilde Lippitt, geb. Miller von Aichholz, hat mir zur Beköstigung armer Schulkinder den Betrag von 1000 fl. und für den Verein zur Errichtung von Wärmestuben den Betrag von 500 fl. übergeben. (Beifall.) Auch hiefür fühlt sich der Gemeinderath verpflichtet, seinen Dank auszusprechen.

5. Bezirksvorsteher Holocher theilt mit, dass ihm von Herrn Karl Preysing 200 fl. übergeben wurden, wovon die Hälfte zur Vertheilung an die Armen von Rudolfsheim, die Hälfte für den Kirchenmusikverein der Pfarre Reindorf bestimmt ist; dass ferner Frau Julie Kostner, Hausbesitzerin, Schönbrunnerstraße 89, anlässlich des Jahrestages des Ablebens ihres Vaters 100 fl. spende, wovon 50 fl. zur Vertheilung an die Armen von Rudolfsheim und zur Ausspeisung armer Schulkinder bestimmt sind. (Beifall.) Es wird der Dank ausgesprochen.

6. Ich habe die Ehre, Interpellationen zu beantworten. Herr Gem.-Rath Grünbeck hat eine Interpellation dahin gerichtet, ob bekannt ist, dass in Neuwaldegg 22 Mann in die Häuser durch Verfügung des dortigen Bezirksvorstandes einquartiert wurden. Ich habe darüber die Erhebungen gepflogen und auf Grund derselben kann ich bekannt geben, dass dem magistratischen Bezirksamte nichts davon bekannt war, und dass auch dem Bezirksvorstande nichts bekannt war. Dessenungeachtet scheint diese Einquartierung vor sich gegangen zu sein und es läuft diesbezüglich ein Act beim Magistrate, der das Nähere zutage fördern wird; ich werde demselben selbstverständlich meine volle Aufmerksamkeit zuwenden.

Eine Interpellation des Gem.-Rathes Dobeš geht dahin, warum die Subventionierung der Rettungsabtheilung der freiwilligen Turnerfeuerwehr im XII. Bezirke noch nicht vor das Plenum gekommen ist, und wann dies erfolgen dürfte.

Die Sache steht so: Über Ansuchen der freiwilligen Turnerfeuerwehr in Unter-Meidling, wurde der Gemeindevorstand von Unter-Meidling um seine Äußerung ersucht. Das war im Jahre 1891. Bis zum Schlusse des Jahres 1891 ist eine Antwort nicht erfolgt, und es wurde daher der Act dem Bezirksvorsteher des XII. Bezirkes abgetreten, dessen Antwort hoffentlich in Bälde erfolgen wird.

Eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Bärtl betrifft die Einquartierungsersätze bezüglich der Getreidemarkt- und der Salzgrieskaserne. Diese Angelegenheit ist im Instanzenzuge. In erster Instanz wurde dem Begehren der Gemeinde Wien, dass die Einquartierungsentschädigung der Gemeinde zu leisten sei, stattgegeben. In zweiter Instanz wurde das Ansuchen abgewiesen. Nunmehr liegt der Recurs der Gemeinde dem Ministerium vor, und ist dessen Erledigung wiederholt urgiert worden; hoffentlich wird dieselbe in Bälde erfolgen.

Ich bitte die Einläufe zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

7. Erlass Sr. Excellenz des Herrn Ackerbauministers:

Nach Inhalt des Schreibens Euer Wohlgeboren vom 20. Jänner d. J., Z. 92, hat sich die Gemeinde Wien auf Grund des Beschlusses des Wiener Gemeinderathes vom 19. Jänner gegen die mit dem h. o. Erlasse vom 8. Jänner d. J., Z. $\frac{57}{\text{A. M.}}$ mitgetheilte, beabsichtigte Abänderung des §. 3 der mit der Ministerial-Verordnung vom 3. September 1883 (R.-G.-Bl. Nr. 45) erlassenen Marktordnung für den Central-Viehmarkt in St. Marx ausgesprochen.

Das Ackerbauministerium hat sich hiedurch veranlasst gesehen, im Einvernehmen mit den anderen betheiligten Centralstellen diese Angelegenheit unter besonderer Berücksichtigung der von der Gemeinde Wien gegen die beabsichtigte Abänderung des §. 3 vorgebrachten Einwendungen, zum Gegenstande einer nochmaligen reiflichen Erwägung zu machen, konnte sich aber nach eindringlichster Prüfung der Sachlage nicht bestimmt finden, diese Einwendungen der Gemeinde Wien als begründet zu erkennen, und ist hiernach in dem am heutigen Tage erschienenen XX. Stücke des Reichsgesetzblattes und gleichzeitig im amtlichen Theile der Wiener Zeitung die Kundmachung der nach dem mitgetheilten Entwurfe abgefassten Ministerial-Verordnung erfolgt.

Zur näheren Begründung des in dieser Angelegenheit seitens der betheiligten Centralstellen eingenommenen Standpunktes und gegenüber den von der Gemeinde Wien erhobenen Einwendungen beehre ich mich, Folgendes beizufügen:

Nach der bestimmten und vorbehaltlosen Fassung der letzten Alinea des §. 9 des Gesetzes vom 29. Februar 1880 (R.-G.-Bl. Nr. 55), wonach die Marktordnung für Viehmärkte von der politischen Landesbehörde, bei Viehmärkten hervorragender Bedeutung von den Ministern des Innern, des Handels und des Ackerbaues, nach Vernehmung der betreffenden Gemeinden, zu erlassen ist, kann die Competenz der erwähnten Centralstellen zur Erlassung, beziehungsweise zur Abänderung der Marktordnung für den Central-Viehmarkt in St. Marx wohl keinem Zweifel unterliegen, und die Anschauung der Gemeinde Wien, dass diese Competenz auf die Erlassung veterinärpolizeilicher Maßnahmen beschränkt sei, nicht als zutreffend erachtet werden. Eine solche Beschränkung der Competenz müsste, wenn sie vom Gesetzgeber wirklich beabsichtigt worden wäre, in der bezogenen Gesetzesstelle in irgend einer Weise zum Ausdrucke gebracht sein, zumal die Regelung der Marktverhältnisse, welche doch der Zweck und die Aufgabe einer Marktordnung ist, nach der Natur der Sache ohne die Normierung auch administrativer Fragen, neben den veterinärpolizeilichen, kaum denkbar ist.

Diese im §. 9 des Gesetzes vom 29. Februar 1880, R.-G.-Bl. Nr. 35, begründete Competenz der erwähnten Centralstellen zur Abänderung der Marktordnung kann auch nicht durch das von der Gemeinde Wien weiters gebrauchte Argument alteriert werden, dass in der Marktordnung vom 3. September 1883 eine Verfügung in Betreff der Bildung der Marktpreise, wie die beabsichtigte, nicht enthalten sei. Denn dieses Fehlen einer diesbezüglichen Bestimmung in der Marktordnung vom Jahre 1883 erklärt sich daraus, dass damals, als der Central-Viehmarkt in St. Marx räumlich außerhalb des Verzehrungssteuergebietes der Stadt Wien lag, und daher die Entrichtung der Verzehrungssteuer für die über die Linien gelangenden Thiere und Feilschaften seitens der Käufer etwas ganz Selbstverständliches war, das Bedürfnis zur Erlassung einer ähnlichen Bestimmung, wie sie derzeit normiert wird, eben nicht vorlag, oder zum mindesten nicht von vornherein eben schon bei Feststellung und Kundmachung der Marktordnung selbst im September 1883 angenommen werden konnte. Seither hat sich aber das Bedürfnis einer Regelung des in Rede stehenden Verhältnisses, beziehungsweise einer entsprechenden Ergänzung der Marktordnung thatsächlich geltend gemacht, damit hiedurch die diesfalls entstandenen Zweifel und Schwankungen im Marktverkehre beseitigt würden.

Diese Regelung musste vor allem Rücksicht nehmen auf die Bestimmungen der Verordnung der k. k. Finanz-Landes-Direction in Wien vom 13. Juli 1891, Z. 1149, praes. zur Vollziehung des Gesetzes vom 10. Mai 1890, wegen Änderung der Wiener Linienverzehrungssteuer und wegen Einführung der Linienverzehrungssteuer in mehreren Vororten von Wien (L.-G.-Bl. Nr. 41), welchen Bestimmungen zufolge auf den Markt in St. Marx, obschon derselbe räumlich innerhalb des erweiterten Wiener Gemeindegebietes gelegen ist, Vieh der Tarifposten 4, 5 und 6 in lebendem oder geschlachtetem Zustande ohne Versteuerung gebracht werden kann, und die Personen, welche dieses Vieh wegbringen oder zu dem am Marktplatze stattfindenden Consum übernehmen, die Verzehrungssteuer zu entrichten haben, somit die Verzehrungssteuer als eine sachlich und zeitlich vom Kaufpreise ganz gesonderte Leistung erscheint.

Durch den Inhalt der heute erlassenen Ministerial-Verordnung, beziehungsweise des neuen §. 3 der Marktordnung wird auch, wie gegenüber den diesfälligen Ausführungen der Gemeinde Wien ausdrücklich hervorgehoben werden muss, die freie Preisbestimmung am Markte, respective die Bewerthung der zu verkaufenden Ware, sicherlich nicht beschränkt, sondern nur die Vermengung des Preises mit einer anderen, ganz heterogenen Leistung hintangehalten, damit die Preisnotierung, welche bekanntlich ohnehin an der, aus den verschiedenen Percentabzügen hervorgehenden Unklarheit leidet, wenigstens in der in Rede stehenden Richtung thunlichst den Thatsachen entspreche.

Wien, am 4. Februar 1892.

Der k. k. Ackerbauminister:
Falkenhayn.

Dient zur Kenntnis.

8. Resolution des politischen Volksvereines im XIX. Bezirke:

4. Februar 1892.

Löblicher Gemeinderath der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Am 3. December 1891 hat Herr Hofrath Prof. Dr. Ludwig im politischen Volksverein im XIX. Wiener Gemeindebezirke einen höchst instructiven Vortrag über die Wasser-Versorgungsfrage Wiens abgehalten. Anknüpfend an diesen Vortrag hat der gedachte politische Verein die auf Seite 20 der beiliegenden Brochure abgedruckte Resolution gefasst.

Wir beehren uns diese Resolution zur geneigten Kentnis zu bringen und schließen uns dem Wunsche jener vielen Körperschaften an, welche für die baldigste Erweiterung der Hochquelleitung, sowie für eine baldigst ausgiebige Versorgung der Vororte mit Trinkwasser ihre Stimme erhoben haben.

Es hat die Ehre zu zeichnen

Politischer Volksverein im XIX. Wiener Gemeindebezirke.

Dient zur Kenntnis.

9. Petition einer Anzahl Hausbesitzer der Apollogasse wegen Eröffnung eines Linienwall-Durchbruches in der Verlängerung dieser Gasse.

Löblicher Gemeinderath!

Durch die mit 21. December 1891 erfolgte Hinausschiebung der Verzehrungssteuerlinie ist die Möglichkeit geschaffen, weitere Verbindungen zwischen dem alten Gemeindegebiete von Wien und den äußeren Bezirken herzustellen. Die Bevölkerung darf wohl darauf rechnen, dass nunmehr sofort überall dort wo dies ohne besondere Schwierigkeiten und ohne erhebliche Kosten möglich ist, in der Verlängerung der gegen die Peripherie laufenden Straßenzüge Ausgänge durch den Linienwall geschaffen werden.

Einer dieser Ausgänge wäre ein Durchbruch des Linienwalles in der Verlängerung der Apollogasse im VII. Bezirke gegen den Neubaugürtel zu.

Bei dem Umstande, als bei der seinerzeitigen Anlage des Erzherzogin Sophienspitales, bez. bei der Anlage des Vorgartens dieses Spitals auf die seinerzeitige Eröffnung einer Straße Rücksicht genommen wurde, und nachdem der hier angeregte Durchbruch, wenn derselbe eben durch den Garten des fraglichen Spitals geführt wird, durch Häuserbauten nicht behindert ist, ist die Möglichkeit eines Durchbruches an dieser Stelle leicht gegeben.

Was das Bedürfnis nach diesem Durchbruche betrifft, so bedarf es wohl keiner weitläufigen Auseinandersetzung, dass ein solches thatsächlich vorhanden ist. Nicht nur wäre es sehr erwünscht, den starken Verkehr von der Mariahilferstraße theilweise abzulenken, was durch Schaffung des in Rede stehenden Straßenzuges bewirkt werden würde, sondern es würde auch einem Bedürfnisse der Bevölkerung des VII. und XV. Bezirkes Rechnung getragen, indem durch diesen Durchbruch eine neue Verbindung zwischen diesen beiden Bezirken geschaffen wird, welche zugleich für die Bewohner des VII. Bezirkes die kürzeste Verbindung mit dem Westbahnhofe bedeuten würde.

Aus allen diesen Gründen wenden sich die Gefertigten an den löblichen Gemeinderath mit der Bitte:

Der löbliche Gemeinderath geruhe die erforderlichen Schritte einzuleiten, damit mit thunlichster Beschleunigung ein Durchbruch durch den Linienwall in der Verlängerung der Apollogasse durch den Garten des Erzherzogin Sophienspitales geschaffen werde.

Dient zur Kenntnis.

10. Interpellation des **Gem.-Rathes Grünbeck:**

Das „Wiener Tagblatt", Herausgeber Moriz Szeps, überrascht heute, in seiner Nummer vom 5. Februar 1892 die arbeitsuchende Bevölkerung von Wien mit einem Leitartikel, worin kurz gesagt wurde, dass die Ausführung der großen öffentlichen Arbeiten im Frühjahre dieses Jahres wahrscheinlich nicht werde in Angriff genommen werden. Da die Wiener Bevölkerung infolge der herrschenden Theuerung, welche vielfach durch die neuen Communalzuschläge auf die Verzehrungssteuer bedingt ist, auf Arbeit und Verdienst sehnsüchtig harrt, ist es für dieselbe gewissermaßen ein verhängnisvoller Schlag, ein weiteres Jahr zuwarten zu müssen, ohne die erhoffte Arbeit zu erlangen.

Der Gefertigte stellt daher an den geehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Ob er nicht geneigt wäre, seinen ganzen bewährten Einfluss als der „eiserne Bürgermeister der Stadt Wien" anzuwenden, um die geplante Hinausschiebung des Beginnens der öffentlichen Arbeiten zu hintertreiben, damit „das Jahr froher Hoffnungen", nicht ein Jahr bitterer Enttäuschungen werde?

Wien, 5. Februar 1892.

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes zu erwidern:

Mir ist nicht bekannt, dass eine Hinausschiebung der Arbeiten geplant ist, vielmehr deutet alles darauf hin, dass die Regierung rechtzeitig die Vorlage an den Reichsrath bringen wird, und besteht die Hoffnung, dass dort mit aller Raschheit das Werk der Erledigung in der gesetzgebenden Versammlung zugeführt werden kann. (Beifall.)

Es ist daher momentan für mich gar kein Anlass, irgend etwas in der Sache zu thun.

Gem.-Rath Grünbeck (ruft): Herr Szeps sagt etwas Anderes im Blatte.

Bürgermeister: Ja, es muss eben nicht alles wahr sein, was darinnen steht. (Heiterkeit.)

11. Interpellation des **Gem.-Rathes Hawranek:**

Es ist wiederholt im Gemeinderathe die Lehrmittel-Ausstellung im alten Rathhause besprochen worden und auch im Jahre 1890 beschlossen die Auflösung derselben; die vorhandenen eigenen Lehrmitteln sind theils den bestehenden, theils den neuerbauten Schulen zuzutheilen.

Es sind seit der Zeit aber eine Menge Schulgebäude gebaut worden und die Einrichtung derselben immer wieder neu angeschafft worden. Da aber in der oberwähnten Ausstellung viele Kästen, Stellagen, einige Tische 2c. vorhanden sind, die sehr gut verwendet werden könnten, so wäre sehr viel Geld erspart worden.

Diese Lehrmittel-Ausstellung ist das allerunnöthigste Institut, das man sich vorstellen kann. Ich wollte mich überzeugen von der so gerühmten Ausstellung, was von einer Seite behauptet wird, und bin am letzten Mittwoch hinaufgegangen und durch zwei Stunden mich gelangweilt, unter dieser Zeit sind im ganzen drei Knaben und ein Herr in der Ausstellung besichtigen gewesen.

Es wurde am 29. October 1891 bereits vom Stadtrathe beschlossen, die Lehrmittel-Ausstellung bis 1. Mai 1892 aufzulösen. Nachdem aber die Localitäten zur weiteren Vermietung noch nicht angekündigt erscheinen und ich befürchte, dass abermals ein halbes Jahr verloren geht und mit dem auch der Entgang an Zins und Erhaltungskosten, so stelle ich an den Herrn Bürgermeister die höfliche Anfrage:

Will der Herr Bürgermeister die nöthige ihm zu Gebote stehende Macht in Anwendung bringen, dass die sämmtlichen Lehrmitteln jetzt schon angefangen werden, entfernt zu werden, damit die Zeit dann nicht zu kurz wird zur weiteren Vermietung der Localitäten?

Bürgermeister: Ich werde die Ehre haben, diese Interpellation in der nächsten Sitzung zu beantworten.

12. Interpellation des **Gem.-Rathes Seiler:**

Nach der Betriebsordnung ist die Tramway-Gesellschaft verpflichtet, auf den einzelnen Strecken täglich eine gewisse Anzahl von Wagen in bestimmten Intervallen in Verkehr zu setzen. In neuerer Zeit mehren sich die Klagen seitens des die Tramway benützenden Publicums, dass man auf einzelnen, selbst stark frequentierten Strecken unverhältnismäßig lange auf einen Wagen warten muss. Nachdem die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, dass seitens der Tramway-Gesellschaft den bezüglichen Bestimmungen über die täglich zu verkehrende Wagenzahl nicht jederzeit in vollem Umfange Rechnung getragen wird, die stricte Einhaltung der vorgeschriebenen Fahrordnung jedoch im Interesse des Publicums dringend geboten erscheint, erlaubt sich der Unterzeichnete, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

Welche Behörde ist berufen, die Tramway-Gesellschaft in Bezug auf die genaue Einhaltung der Fahrordnung zu controlieren, und wird diese überaus wichtige und nothwendige Controle auch thatsächlich ausgeübt?

Bürgermeister: Ich kann das wohl sofort beantworten. Die Einhaltung der Fahrordnung zu controlieren, ist Sache der Polizei. Ich zweifle keinen Augenblick, dass die Controle eingehalten wird, bin aber jederzeit bereit, wenn die geehrten Herren in der Lage sind, Thatsachen — positive Thatsachen — mitzutheilen, dass die Fahrordnung nicht eingehalten werde, die entsprechenden Schritte zu thun; nur muss ich bitten um positive Daten.

13. Interpellation des **Gem.-Rathes Rückauf:**

Der ungewisse Zustand im Baugewerbe, welcher dadurch veranlasst wurde, dass es noch immer unentschieden ist, ob die Steuerfreiheit für Neu- und Umbauten erhöht wird oder nicht — oder ob Begünstigungen in anderer Richtung platzgreifen sollen oder nicht? — lähmt seit längerer Zeit jede Bauthätigkeit — so dass bereits mehr als ein Baujahr als verloren zu betrachten ist.

Nachdem nun die Ungewissheit solcher Zustände kaum dazu geschaffen ist, dem allgemeinen Ruf nach Arbeit und Verdienst gerecht zu werden — und nachdem es dem Interpellanten (ohne auf die Vor- oder Nachtheile der Erhöhung der Steuerfreiheit des Näheren einzugehen) — lediglich um die Beseitigung dieser Ungewissheit und die Hebung der Erwerbsverhältnisse zu thun ist — so erlaubt er sich, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Ob derselbe geneigt wäre, über den derzeitigen Stand dieser Angelegenheit zu berichten — eventuell die ihm nöthig scheinenden Schritte zur Austragung derselben einzuleiten?

Bürgermeister: Ich werde nicht irren, meine Herren, wenn ich sage, dass diese Angelegenheit dem Abgeordnetenhause vorliegt. Es ist auch eine Petition seitens der Gemeinde Wien eingebracht worden. Ich habe aber keinen Einfluss darauf, dass diese Angelegenheit im Abgeordnetenhause auf die Tagesordnung gesetzt werde. Insofern es übrigens an mir liegt, werde ich mich bei einzelnen Abgeordneten über die Angelegenheit erkundigen und trachten, dass sie vielleicht baldigst zur Erledigung komme.

14. Antrag des **Gem.-Rathes Scheidl:**

Ein sehr fühlbarer Übelstand am Central-Viehmarkt macht sich bei den daselbst aufgestellten 2 Wagen geltend, da daselbst die Ochsentreiber eine große Rolle spielen und es daher an jedem Markte vorkommt, dass die Geschäftsleute von diesen Treibern mit Grobheiten überhäuft werden, da es an der Autorität eines Amtswägers fehlt, welcher daselbst seinen Einfluss auf die Herstellung der Ordnung geltend machen könnte.

Ich stelle daher im Interesse aller Marktparteien den Antrag:

Es solle bei jeder Wage, solange abgewogen wird, ein Markt-Commissär beauftragt werden, die Ordnung aufrecht zu halten, nachdem von 10 Uhr vormittags deren Thätigkeit ohnehin nicht mehr besonders in Anspruch genommen ist.

Dieser Antrag wolle als dringend behandelt werden. — An den Stadtrath.

15. Antrag des **Gem.-Rathes R. v. Neumann** und Genossen:

Die Gefertigten stellen den Antrag:

Es sei die Fuhrmannsgasse und die Löwenburggasse im VIII. Bezirke noch in diesem Jahre zu pflastern; entweder mit neuen, oder mit guten verwendbaren alten Steinen. — An den Stadtrath.

16. Antrag des **Gem.-Rathes Meißl:**

In Erwägung, dass in dem großen Saale des alten Universitätsgebäudes die hervorragendsten wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Vereine und Körperschaften ihre General- oder Fest-Versammlungen abzuhalten pflegen, Versammlungen, welche nicht selten auch durch den Besuch von Mitgliedern des Allerhöchsten Kaiserhauses ausgezeichnet werden. In Anbetracht, dass diese Versammlungen bei dem Umstande, als längs des Gebäudes Granitpflaster besteht, und sohin arges Wagengerassel vernehmbar ist, hiedurch oftmals empfindlich gestört wird, erlaube ich mir den Antrag zu stellen:

Der löbliche Gemeinderath beschließe, längs des alten Universitätsgebäudes in der Sonnenfelsgasse und

der Bäckerstraße statt des Granitpflasters ein geräuschloses Pflaster herstellen zu lassen. — An den Stadtrath.

Gem.-Rath Trambauer (zur Geschäftsordnung): Ich erlaube mir die Bitte: Am 29. December ist die Wahl in die Budget-Commission vor sich gegangen und die sollte meines Wissens öffentlich sein. Ich möchte bitten, ob eine Einladung zu diesen Sitzungen erfolgen wird. Meines Wissens ist eine solche bis jetzt nicht erfolgt.

Bürgermeister: Nein! Die Verhandlungen in der Budget-Commission sind öffentlich für die Herren Gemeinderäthe; jeder kann hingehen und ist auch dafür gesorgt, dass es jenen Herren, welche sich interessieren, bekannt wird, wann diese Sitzungen stattfinden. Aber das habe ich nicht veranlasst, dass jeder der Herren dazu eingeladen wird; ich glaube, dass eine solche Weitwendigkeit und Kostenaufwand nicht gerechtfertigt erscheint. Diejenigen Herren, welche es interessiert, wann die Commission zusammentritt, können das sehr leicht erfahren. Aus dem Grunde wurde auch von der separaten Einladung Umgang genommen.

Gem.-Rath Trambauer: Ich bitte, seinerzeit, als die Sectionen bestanden, ist es immer auf der gedruckten Tagesordnung gestanden, wann die Sectionssitzungen stattfinden.

Bürgermeister: Das kann gegenwärtig nicht geschehen, weil es vom Obmanne der Budget-Commission abhängt, wann eine Sitzung stattfinden soll.

Gem.-Rath Trambauer: Ich bitte, die Bekanntmachung könnte durch die Tagesblätter geschehen.

Bürgermeister: Wenn die Sitzung rechtzeitig angeordnet wird, so dass es noch möglich ist, dies durch die Zeitung zu publicieren, so wird es in die Zeitung kommen, damit die Herren wissen, wann die Sitzungen stattfinden.

Gem.-Rath Trambauer: Ich werde noch um etwas bitten. Am 23. October 1891 ist die Wahl in die Commission zur Berathung des Statutes für die Bezirksausschüsse vorgenommen worden. Seit dieser Zeit hört man aber nichts darüber.

Bürgermeister: Die Commission hat ihre Arbeiten beendet, und wird der Gegenstand auf die Tagesordnung für die nächste Sitzung vor das Plenum kommen. Wie mir eben mitgetheilt wird, befindet sich das Referat in der Druckerei.

Übrigens, meine Herren, erkläre ich Ihnen, dass es gar nicht schadet, wenn darüber nicht augenblicklich referiert wird, weil die neuen Bezirksvertretungen nach dem neuen Statute arbeiten, und daher für die Zweckmäßigkeit der Einrichtungen praktische Erfahrungen gesammelt werden.

Aus diesem Grunde ist es nicht einmal gut, wenn in dieser Richtung ein überstürztes Tempo eingeschlagen wird.

Wir schreiten zur Tagesordnung. Ich ersuche Herrn Gem.-Rath Kreindl zu referieren.

17. Referent Gem.-Rath Kreindl: Ich habe die Ehre zur St.-R.-Z. 40 über ein Gesuch um eine Subvention von Seite des Vereines „Nicolaus" in der ehemaligen Gemeinde Ottakring zu referieren.

Der Humanitätsverein „Nicolaus" in der früheren Gemeinde Ottakring wurde bisher alljährlich von seiner Gemeinde mit einem Geldbetrage von 50 fl. unterstützt. Da nunmehr dieser Vorort aufgehört hat, eine selbständige Gemeinde zu sein, bittet der Verein die Gemeinde Wien um eine Subvention, indem er auf sein besonders für die Kinder der ärmeren Eltern ersprießliches und hilfreiches Wirken hinweist. Ich erlaube mir, im Einverständnisse mit dem Magistrat um eine Subvention, wie in den vorigen Jahren, von 50 fl. zu bitten; der erforderliche Zuschusscredit wäre zur Ausgabe-Rubrik 38 I b zu bewilligen. Dieser Verein hat am 6. December 137 Kinder ganz und 35 Kinder theilweise mit Kleidern und Schuhen bekleidet. Ich würde Sie bitten, diese Subvention von 50 fl. bewilligen zu wollen.

Gem.-Rath Edlhofer: Ich erlaube mir, an den Herrn Referenten die Anfrage zu stellen, ob es demselben bekannt ist, dass dieser Verein seit länger als einem Jahre keine General-Versammlung abgehalten und länger als ein Jahr keine Rechnung gelegt hat.

Referent Gem.-Rath Kreindl: Davon ist in dem Acte nichts enthalten, ich kann daher darüber leider keine Auskunft geben.

Gem.-Rath Edlhofer: Ich bin selbst Mitglied dieses Vereines gewesen und habe infolge der schlechten Gebarung mich aus diesem Vereine streichen lassen; infolge dieser Verhältnisse bin ich auch nicht für die Subvention.

Gem.-Rath Gräf: Meine sehr geehrten Herren! Ich habe mich zum Worte gemeldet, um Sie zu ersuchen, dem Vereine eine höhere Subvention, als die vom löblichen Stadtrathe beantragte, zu geben, und zwar einfach darum, weil schon im vorigen Jahre der Verein nicht in der Lage war, allen Anforderungen, die an ihn gestellt worden waren, zu entsprechen. Es ist Ihnen bekannt, dass in den Vororten sehr viel arme Leute wohnen. Es ist wohl richtig, was der Herr College Edlhofer bemerkt hat; man hat im vorigen Jahre den Fehler begangen, keinen Rechenschaftsbericht vorzulegen. Ich bin auch seit Jahren Mitglied dieses Vereines, könnte aber nicht sagen, dass ein unlauteres Gebaren die Ursache davon ist, dass nicht Rechnung gelegt wurde. Ich weiss, dass im vorigen Jahre 131 Kinder vollständig mit Kleidern betheilt wurden, und wenn man berücksichtigt, dass der Verein im ehemaligen Bezirke Ottakring nicht mehr die Unterstützung besitzt, die er durch seine Functionäre hatte, so wird man einsehen, dass der Betrag bei dem Umstande, dass in diesem Bezirke eine sehr arme Bevölkerung wohnt, ein sehr minimaler ist. Ich möchte bitten, entgegen den Ausführungen des Herrn Collegen Gem.-Rath Edlhofer dem Vereine eine Subvention von 100 fl. zu geben, und ich glaube, dass der Herr Referent damit einverstanden sein wird.

Ich bitte auch den Herrn Referenten, die Güte zu haben, zu bestätigen, dass der Verein im vorigen Jahre 130 Kinder mit Kleidern betheilt hat. Es muss seitens des Vereines „Nicolaus" ein Bericht vorliegen, der diese Thatsache bestätigt. Herr Referent, darf ich bitten? (Referent Gem.-Rath Kreindl: Es wurden 137 Kinder betheilt.) Sie sehen also, dass der Verein eine ersprießliche Thätigkeit entfaltet, und ich glaube daher, dass mit Rücksicht darauf, dass viele berücksichtigungswürdige Arme abgewiesen wurden, der Betrag von 50 fl. zu wenig ist. Ich möchte Sie daher bitten, meinem Antrage auf Erhöhung der Subvention zuzustimmen.

Gem.-Rath Bärtl: Es ist unendlich schwer, hier Klarheit zu gewinnen. Nach dem ersten Herrn Sprecher wäre ich dagegen gewesen, die 50 fl. zu bewilligen. Ich hätte geglaubt, dass es nothwendig gewesen wäre, die Sache zu vertagen, bis man Klarheit gewonnen hat. Nach dem letzten Herrn Redner steht die Sache anders. Derselbe befürwortet nicht nur die Subvention, sondern beantragt noch eine Erhöhung derselben. Wenn der Herr Referent nicht in der Lage ist, uns darüber Mittheilung zu machen, ob

wirklich der Verein seit Jahr und Tag keine General-Versammlung abgehalten und keinen Rechenschaftsbericht erstattet hat, oder wenn sich das durch die Mittheilung des Herrn Referenten bestätigen würde, so würde ich die Vertagung beantragen. Das schließt doch nicht aus, dass wir dennoch die Subvention etwas später, vielleicht in 14 Tagen, bewilligen. Wenn der Verein 130 Kinder bekleidet, so wäre das immerhin sehr human; ich könnte aber der Subvention nur nach erhaltener Aufklärung seitens des Herrn Referenten zustimmen.

Gem.-Rath Zagórski: Sehr geehrte Herren! Ich möchte mir erlauben, den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Gräf bestens zu unterstützen und zwar aus dem Grunde, weil der Verein fortwährend functioniert, weil er erst vor drei bis vier Wochen eine große Anzahl von Kindern, wie ich mich selbst überzeugt habe, bekleidet und auch mit Lebensmitteln betheilt hat. Der Verein functioniert fort; es mag sein, dass die General-Versammlung nicht zur rechten Zeit einberufen wurde, aber Thatsache ist es, dass der Verein seit vielen Jahren sehr wohlthätig wirkt und andererseits auch außerordentlich bedürftig ist. Es wird den Herren bekannt sein, dass in Ottakring 64.000 meist arme Leute wohnen; unter diesen sind kaum 6000 selbständige Personen, alle übrigen Einwohner sind Arbeiter, die von der Hand in den Mund leben. Der Verein verdient gewiss eine Unterstützung und darum erlaube ich mir den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Gräf, dem Verein 100 fl. zu gewähren, wärmstens zu unterstützen.

Gem.-Rath Edlhofer: Ich hätte gewiss nichts gegen die Unterstützung eines solchen Vereines einzuwenden, aber es ist heuer das zweite Jahr, dass die General-Versammlung nicht abgehalten wird, trotzdem es in den Statuten ausdrücklich heißt, dass im Jänner jedes Jahres eine General-Versammlung abzuhalten ist. Ich bin also nicht für die Subventionierung eines derartigen Vereines, der seine Statuten in solcher Weise missbraucht.

Bürgermeister: Wünscht noch ein Herr das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall, die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent Gem.-Rath Kreindl: Ich bitte, zu berücksichtigen, dass der Verein 17 Jahre besteht und während dieser Zeit über 25.000 fl. für arme Kinder ausgegeben hat; daher bitte ich dem Antrage des Stadtrathes, diesem Vereine 50 fl. zuzuwenden, wie dies früher seitens der Gemeinde Ottakring der Fall war, Ihre Zustimmung zu geben.

Bürgermeister: Es ist ein Vertagungs-Antrag gestellt worden. (Gem.-Rath Bärtl: Ich ziehe diesen Antrag zurück.) Es ist der Antrag gestellt worden, dem Vereine eine Subvention von 100 fl. zuzuwenden. Ich bitte die Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause.) Es ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Ich ersuche nun die Herren, welche für den Antrag des Stadtrathes sind, dem Vereine eine Subvention von 50 fl. zu gewähren, die Hand zu erheben. (Geschieht). Der Antrag ist angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem Humanitätsvereine „Nicolaus" in Ottakring eine Subvention von 50 fl. für das Jahr 1891 zu gewähren.

18. Referent Gem.-Rath Kreindl: Ich bin so frei zu referieren über St.-R.-Z. 2333, betreffend das Ansuchen des Wärmestuben- und Wohlthätigkeitsvereines um eine Subvention.

In Betreff dieses Ansuchens liegen heute eigentlich zwei Anträge vor. Der Stadtrath hatte in einer früheren Sitzung den Beschluss gefasst, beim löbl. Gemeinderathe für den Verein eine Subvention von 200 fl. zu beantragen. Inzwischen ist über Anregung eines Herrn Gemeinderathes mit Hinweis auf den schneefreien, milden Winter, welcher der armen Bevölkerung keinen Verdienst durch Schneeschauflung und Eisgewinnung gewährt, und mit Rücksicht auf die große Noth der armen Leute, welche die Wärmestuben- und Wohlthätigkeitsanstalt, um sich vor Hunger und Kälte zu schützen, öfters aufsuchen, eine höhere Subvention beantragt worden.

Der Verein wirkt in der humanitärsten Weise. Er hat im Winter 1890/91 in kaum drei Monaten über 374.000 Personen in seinen Wärmestuben aufgenommen und beköstigt, zum Theile auch mit Geld und Nahrungsmitteln unterstützt. Mit Rücksicht auf die oben angeführten Daten erlaube ich mir, den zweiten Antrag des Stadtrathes, dem Vereine eine Subvention von 1000 fl. zu bewilligen, zur Annahme zu empfehlen. (Beifall.)

Gem.-Rath Silberer: Meine sehr geehrten Herren! Erlauben Sie, dass ich Ihre Aufmerksamkeit bei diesem Gegenstande für 10 Minuten in Anspruch nehme, und leihen Sie mir Ihr gütiges Gehör. Ich habe mir das Wort erbeten, um bei dieser Post noch eine Erhöhung zu beantragen. Hören Sie mich an, würdigen Sie gefälligst die Gründe. Ich werde mir erlauben, mich speciell an einige Gruppen des Hauses zu wenden: An die Herren der Opposition, auf unserer Seite speciell an die Herren aus den Vororten und an die anderen Herren der Majorität. Ich werde an den Verstand der ganzen Versammlung appellieren (Gelächter links. — Rufe: Das ist stark!) und an das Gefühl der Menschenliebe. Was mich dazu bewegt, in der Sache das Wort zu ergreifen und eine Erhöhung des vom Stadtrathe beantragten Betrages zu verlangen, ist die herrschende Nothlage, ist die Rücksicht auf die untersten Classen, ist die Rücksicht auf die Ärmsten der Armen.

Von der Opposition wird fortwährend betont, es geschieht zu wenig für die Armen und Allerärmsten. Das, meine Herren, ist eine Gelegenheit, wie nicht bald eine andere. Der kleinste Gewerbsmann, der sein eigenes Heim hat, wenn er auch noch so schwer die Steuer, noch so schwer und ratenweise den Zins zahlt, ist noch ein Glücklicher, ein Krösus gegenüber dem armen Teufel, der bei Tag und Nacht obdachlos durch die Straßen irrt und froh sein muss, wenn er ein Plätzchen in der Wärmestube findet, um sich da ein bischen zu wärmen und gekräftigt durch ein Schalerl Suppe hinauszutreten und aufs neue buchstäblich den Kampf um die Existenz aufzunehmen. Diese Wärmestuben haben seit Jahren Millionen von armen Teufeln für Stunden beherbergt, ihnen neuen Muth eingeflößt, sie erwärmt, wieder gekräftigt und sie vielleicht abgehalten, irgend einen Excess, irgend ein Verbrechen oder einen Selbstmord zu begehen. Durch die Wärmestuben sind im Laufe der Jahre sehr viele Leute dazugekommen, dass sie neu gekräftigt hinausgetreten sind, dass sie, während sie schon hoffnungslos, durchfroren, hungernd durch die Straßen geirrt, vielleicht schon im Begriffe waren, einen Selbstmord zu verüben, sich gewärmt, gestärkt haben und nochmals einen Anlauf genommen, nochmals Arbeit gesucht, vielleicht endlich einen Platz gefunden haben und dadurch der menschlichen Gesellschaft leiblich oder moralisch erhalten geblieben sind.

Solche Anstalten erhalten in vielen anderen großen Städten die Gemeindevertretungen vollständig und ganz, weil man nach-

gerade zur Erkenntnis kommt, dass es Pflicht des Staates, der Gemeinde sei, für diese Allerärmsten und Herabgekommenen in der Weise wenigstens zu sorgen, wie es durch die Asyle für Obdachlose und die Wärmestuben geschieht.

Ich möchte nun dem, worauf ich hindeute, nämlich auf die Erhaltung solcher Anstalten im Gemeindegebiete durch die Gemeinden dadurch vorarbeiten, dass ich den Antrag stelle, dass dem Vereine, welcher für die Wärmestuben thätig ist, wenigstens eine entsprechend größere Subvention bewilligt werde, als Übergang dazu, dass diese Anstalten in Zukunft ganz von der Gemeinde erhalten werden.

Sie werden sich erinnern, meine Herren, dass ich bei der Biersteuer ganz couragiert und munter für die Erhöhung gestimmt und auf die Einwendung des Herrn St.-R. Rückauf, welcher gesagt hat, die Biersteuer werde mehr ausmachen als präliminiert ist, Ihnen zugerufen habe: nichts wird übrig bleiben, das Geld werden wir schon brauchen. Ich glaube auch, dass die Biersteuer mehr einbringen wird, als präliminiert ist. Der vorliegende ist nun einer jener Fälle, wo wir wirklich in den Sack greifen und Geld ausgeben können; das kann man vor aller Welt verantworten, und ich möchte die Wählerversammlung sehen, die einen Mitbürger der Verschwendung zeiht, der in diesem Falle für eine Erhöhung der Subvention stimmt. (Bravo! rechts.)

Ich muss Ihnen aber noch Eines zu bedenken geben, das ist die Vergrößerung des Gemeindegebietes von Wien. Dieses ist ja sehr vergrößert. Der Herabgekommene, der statt einer noch so kleinen Schlafstelle gar kein Obdach mehr hat, pflegt nicht in der Stadt, sondern meist an den letzten Ausläufern der Vororte zu wohnen. Es haben daher auch die Vorortevertreter hier ein Interesse an einer ausgiebigen Unterstützung.

Was aber speciell die Vertreter der inneren Stadt, der Besitzer anbelangt, so will ich — und hier kommt mein Appell an den Verstand — Folgendes sagen: es handelt sich hier um einen kleinen Schritt zur Lösung einer jener vielen Fragen, aus denen die sociale Frage sich zusammengesetzt, um die Versorgung der Ärmsten und Elenden. Wenn Sie das berücksichtigen, wenn Sie in dieser Weise Sorge tragen — und das ist eine Mahnung, die ich an die Besitzenden richte, die Sache ist sehr wichtig — so schaffen Sie mit den Wärmestuben ebensoviel Sicherheitsventile an dem Hexenkessel, in dem die sociale Frage gebraut wird, in dem alle diese socialen Reformen mit Brausen und Zischen sich eines Tages Luft machen werden, und je mehr wir solche Ventile schaffen, umso umfangreicher und wirksamer und sicherer können wir sein, dass dem vorgearbeitet wird, was jeder, auch der kleinste Besitzer wünschen muss, nämlich dass die Lösung der socialen Probleme in förderlicher Weise erfolge.

Wenn die Besitzer in dieser Weise vorarbeiten, so kann ich Sie nur versichern, ist nach meiner Anschauung sehr viel gethan und ich befürworte deshalb den höheren Betrag.

Ich bitte Sie aber weiters an den Winter zu denken; diese armen Teufel, die kein Obdach haben, haben oft Weib und Kind. Aus der Statistik des Vereines erhellt, dass viele Besucher Weiber und Kinder sind, die sonst in den Straßen herumirren, hungrig, elend bekleidet, mit zerissenen Stiefeln, aus denen die nackten Zehen heraussehen, Lumpen und Fetzen am Leibe; die kommen in die Wärmestube, und ich begreife nicht, wie solche Menschen noch den Muth haben, weiter zu existieren und dass sie nicht alle miteinander ins Wasser springen.

Die kommen her, kriegen eine Schale Suppe, auch Zwirn und Nähzeug, damit die Frauen ihre Lumpen und Fetzen zusammenflicken können, und das ist die wahre Humanität, die wir unterstützen und fördern müssen.

Die Ehre Wiens erheischt es, dass hier in ganz anderer Weise eingegriffen wird als mit dieser Vorlage, und ich betone, dass ein weiteres wichtiges Moment das ist, dass die Wärmestuben die ärmsten und armen Besucher von den Brantweinschänken ablenken.

Es kommen erfahrungsgemäß in die Wärmestuben nicht bloß die Allerelendesten, sondern auch Leute, die noch ein paar Kreuzer haben, wo man also sieht, dass sie zum Brantweiner gehen könnten, aber das bessere Ich in ihnen bewirkt, dass sie es vorziehen, in die Wärmestuben gehen und statt Brantwein Suppe zu nehmen.

Sollen wir das nicht unterstützen, meine Herren? Man hat Ihnen vielleicht auch gesagt: Es kommt auch viel Gesindel hin, z. B. heute haben wir in den Zeitungen einen Process gelesen, aus dem wir erfahren, dass ein Mensch abgestraft wurde, 21 Jahre gesessen ist, dann als er aus dem Gefängnisse herauskam, eine Zeitlang seinen Überverdienst vergeudet hat und jetzt wieder verhaftet wurde.

Auf die Frage, wo er die letzte Nacht geschlafen habe, hat er angegeben, im Asyl für Obdachlose; nun, dazu haben wir ein Asyl für Obdachlose doch nicht geschaffen, dass Sträflinge, die nichts thun, wenn sie herauskommen, ihren Überverdienst verputzen und dann wieder stehlen und wegen neuen Verbrechen eingesperrt werden; damit solche Leute ein Unterkommen haben, dafür haben wir die Wärmestuben nicht.

Man muss aber das Kind nicht mit dem Bade verschütten, und weil ein solcher Lump einmal hineinkommt, gleich sagen, dazu ist das Asyl nicht geschaffen. Wir stellen ja auch auf der Ringstraße und im Stadtparke Bänke auf und doch setzt sich dort auch manchmal ein solches Individuum hin. Würden Sie dann sagen: Wir können diese Bänke nicht aufstellen, weil dort auch ein Sträfling oder Verbrecher sich hinsetzt, der vielleicht morgen wieder eingekastelt wird.

Aber noch Eines, meine Herren, es besteht auch die Möglichkeit, dass ein Verbrecher, der in die Wärmestube oder ins Asyl geht, dadurch Zeit gewinnt, einen ordentlichen Beruf zu finden! Das sind also für mich keine Gegengründe, für mich ist nur das Eine maßgebend, dass, wie ich selbst gesehen habe, Tausende von armen Teufeln dadurch gerettet werden, auf Tage hinaus und dadurch vielleicht für immer, weil gerade die Allerärmsten, die nichts zu nagen und zu beißen haben, in dem Momente, wo sie sonst vielleicht erfrieren würden, 24 Stunden Aufschub bekommen, und dies ist schon ein ungeheuerer Gewinn im Kampfe um die Existenz.

Ich schließe, meine Herren, indem ich meinen Antrag ziffermäßig formuliere und Sie bitte, für diesen gedachten Zweck 3000 fl. zu bewilligen.

Der Verein hat colossale Kosten, über 20.000 fl. wurden das letzte Jahr ausgewiesen, und es wäre nur Pflicht, eine Ehrenschuld der Gemeinde, in dieser Weise für die Ärmsten ihrer Bewohner zu sorgen.

Ich bitte Sie also, meine Herren, stimmen Sie für diesen Antrag, und ich appelliere da ganz besonders an die Herren von der Opposition, von denen ich wirklich nicht weiß, welche Worte von Ihnen gegen diesen Antrag gesprochen werden könnten, weil er nur dahin geht, ganz Ihren sonstigen Intentionen entsprechend, für die Armen und Ärmsten etwas zu thun. (Lebhafter Beifall.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.

Gem.-Rath Frauenberger: Es ist wohl jedermann von uns überzeugt, dass die Wärmestuben wirklich ein Asyl für die ärmsten Leute in Wien sind, und indem der Herr Vorredner das hervorgehoben hat, hat er uns eigentlich nichts neues gesagt, weil wir das Alle wissen. Ich verweise Sie aber darauf, meine Herren, weil ich der Meinung bin, dass mein unmittelbarer Herr Vorredner doch vielleicht in der Hitze etwas zu weit gegangen ist, ich verweise Sie darauf, dass dieser Verein ein Privat-Wohlthätigkeitsverein ist, ein Verein, welcher von Privaten gegründet wurde und namentlich von Privaten erhalten wird. Dieser Verein hat bisher, bis vor wenigen Jahren, seitens der Gemeinde Wien eine Subvention von 200 fl. erhalten und er hat dadurch auch gewissermaßen die moralische Unterstützung der Gemeinde Wien gehabt. Später wurde diesem Vereine die Subvention auf 500 fl. erhöht und wenn heute angesichts der geänderten Verhältnisse und der Vergrößerung der Stadt Wien seitens des Stadtrathes vorgeschlagen wird, diesen Verein nunmehr mit 1000 fl. zu subventionieren, so glaube ich, hat der Gemeinderath seine Pflicht erfüllt. Meine Herren, es ist ja richtig, man kann in dieser Richtung nicht genug thun, aber andererseits müssen Sie bedenken, dass man auch den reichen Leuten Gelegenheit geben muss, hier wohlthätig einzugreifen und es geht nicht an, dass die Gemeinde Wien alle diese Vereine übernimmt, welche in wohlthätiger Weise von Privaten gegründet wurden. Ich werde ein entschiedener Gegner meines geehrten Herrn Vorredners sein, wenn er vielleicht den Antrag stellt, dass die Gemeinde Wien diesen Verein unter ihre Fittiche nehmen soll, d. h. auf deutsch: „Ihr, Private, Ihr reichen Leute, Ihr könnt Euch jetzt zurückziehen; jetzt wird die Gemeinde Wien für die Armen sorgen".

Meine Herren, vergessen Sie nicht, wir haben auch in tausenderlei anderen Fällen wohlthätig zu sein und Wohlthätigkeit zu üben, es geht nicht an, dass wir mit dem Gelde der Steuerträger in solcher Weise umspringen, wie hier bei jeder Gelegenheit es zum Ausdrucke kommt. Meine Herren, wer zahlt denn die Steuern?

Ja, wenn Sie solche Asyle errichten wollen, wo nehmen Sie das Geld her und wer zahlt die Wärmestuben? Auch wieder die kleinen Leute, die machen Sie so arm, dass sie in die Wärmestuben gehen müssen. (Beifall.)

Es hat alles seine Grenzen und möchte ich Sie bitten, bei dem Antrage des Stadtrathes zu bleiben. Meine Herren, bei aller Anerkennung für das Gefühl für die Armen, muss man es doch ungescheut aussprechen, so sehr darf man sich von dem Gefühl doch nicht hinreißen lassen, wie der unmittelbare Herr Vorredner gethan hat; wir müssen anders eingreifen, um den Armen zu helfen. Das ist keine Hilfe, das ist nur eine momentane Unterstützung, wenn sie nur einen Bissen Brot und etwas Warmes mit einem bischen Thee bekommen. Wir müssen die Armen auf eine andere Weise versorgen, dann bleibt wirklich für die Armen was, aber nicht in der Weise, das ist nur eine Zersplitterung der Mittel. Meine Herren, wir müssen uns davor hüten, den Reichen jede Gelegenheit zu nehmen um wohlthätig einzugreifen. Wir haben in Wien sehr viele Millionäre und sehr viele reiche Leute, an diese möge man sich wenden, die sollen was thun, aber man darf nicht alles der Gemeinde an den Hals hinaufbinden.

Ich glaube also, aussprechen zu sollen, dass wir es vorläufig bei der Summe von 1000 fl., welche vom Referenten beantragt wird, bewenden lassen.

Gem.-Rath Arnhart: Die Armenpflege ist gewiss, ich möchte sagen, ein integrirender Bestandtheil der Gemeinde-Verwaltung. Die Gemeinde hat die Pflicht, rücksichtlich des Armenwesens zu sorgen, das ist richtig; und wenn in erster Linie der erste Herr Vorredner an die Opposition sich gewendet hat und gesagt hat, wir sollen für seinen Antrag stimmen, so findet er uns theilweise bereit, denn Sie, meine Herren, haben die Biersteuer der armen Bevölkerung aufdividiert, und wir können nichts anderes machen, als dass möglichst viel Geld von dieser Biersteuer den armen Leuten wieder zukommt. Aber meine Herren, die Sache hat noch einen anderen Haken; es soll überhaupt einmal im Gemeinderathe erörtert werden, was besser ist, eine öffentliche oder eine private Armenpflege, und da möchte ich Sie aufmerksam machen, meine Herren, dass da der erste Herr Vorredner Folgendes gesagt hat, dass die öffentliche Armenpflege, ich meine die Armenpflege, wie sie bei der gegenwärtigen Organisation des Armenwesens geschieht, die bessere ist, denn hier kann man der sicheren Überzeugung sein, dass nur der würdige Arme etwas bekommt, während in einer Wärmestube jeder, der hineinkommt, etwas bekommt, da wird nicht gefragt, bist Du würdig oder nicht.

Die mathematische Wahrscheinlichkeit ist also bedeutend größer, wenn die Armenpflege öffentlich geschieht, und da möchte ich aufmerksam machen, dass der erste Herr Vorredner eigentlich in dieser Angelegenheit übertrieben hat. Ich wäre überhaupt dafür, dass man solche Subventionen nicht Privatvereinen gibt, denn es ist schon von unserer Seite, von einem Herrn, der schon das Zeitliche gesegnet hat, früher des Öfteren hervorgehoben worden, dass das nur Gelegenheit ist für gewisse reiche Leute, sich protzig zu machen und sich Verdienste beim Volke zu erwerben; zum Mindesten ist dieser Fall nicht ausgeschlossen. (Widerspruch rechts.) Es kann Einer das thun, während wenn die Armenpflege öffentlich ist, so habe ich die Sicherheit in der Hand und ist es im vorhinein ausgeschlossen, dass Leute, welche einer Unterstützung unwürdig sind, dieselbe bekommen.

Ich möchte nur zu den Anregungen des ersten Herrn Redners hinzufügen, dass er übertrieben hat, weil dieses Argument, das ich angeführt habe, entschieden seine Richtigkeit hat.

Gem.-Rath Geitler: Ich beantrage Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Schluss der Debatte beantragt worden, ich bitte jene Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause.)

Angenommen.

Zum Worte sind gemeldet die Herren Gem.-Räthe Lang, Trambauer, Stehlik, Grünbeck, Gräf, Gregorig und Purscht.

Gem.-Rath Lang: Vor allem habe ich dem Stadtrathe zu danken, dass er infolge der von mir gegebenen Anregung auf Subvention, den ursprünglich beantragten Betrag von 200 fl. auf 1000 fl. erhöht hat.

Ich erkläre aber vor Allem, dass ich für den Antrag des Gem.-Rathes Silberer bin, welcher mir gerechtfertigt erscheint und für den ich stimmen werde. Ich erlaube mir aber auch zu bemerken, dass speciell der Wärmestubenverein unter dem Protectorate Ihrer kaiserl. Hoheit der Frau Erzherzogin Valerie steht und dieses Protectorat nur mit Allerhöchster Zustimmung Sr. Majestät

verliehen wird, und dass, ehe dieselbe verliehen wird, die umfassendsten Recherchen gepflogen werden.

Ich bemerke noch weiters, dass der ehemalige Polizeipräsident von Wien, Marx, seit der Gründung des Vereines im Jahre 1881 demselben angehört, also auch bereits zu jener Zeit angehörte, in welcher er noch in Function war, und zwar als Ehrenpräsident. Er hat sich persönlich von den humanitären und socialen Bestrebungen des Vereines überzeugt. Sie bilden die Palliativmittel gegen Gesetzesüberschreitungen.

Ich weiß nicht, ob viele Herren, welche heute gegen die Wärmestuben eifern, auch wirklich Wärmestuben betreten haben, und wenn Sie keine solche noch betreten haben, so bitte ich Sie mir zu folgen, und wenigstens für kurze Augenblicke in die Wärmestube Rossauerlände 15 einzutreten. Es ist dies die älteste Wärmestube, die in einem Hause eingemietet ist, und Sie können vollkommen überzeugt sein, dass in diesem vier Stock hohen Hause, in welchem auch eine große Anzahl anderer Parteien wohnen, der Herr des Hauses niemals zugegeben hätte, wenn dieselbe nicht anständige Elemente beherbergen würde. Die Rossauerlände bildet so einen Sammelpunkt für alle jene Arbeiter, welche ihre Arbeit am Schanzel, bei der Transportgesellschaft suchen und daselbst keine Arbeit gefunden haben. Dasselbe Bild finden Sie in Favoriten, in Erdberg, Margarethen, wo die Wärmestuben ihr Heim aufgeschlagen haben. Meine Herren! Es hat ja schon ein großer Gelehrter, Kobden, sich dahin geäußert, einmal in 24 Stunden muss der Mensch essen — auf ehrliche Weise, wenn er kann — aber essen muss er. Nun, meine Herren! Ich kann Ihnen sagen, und ich habe vollkommen die Überzeugung, dass die Wärmestuben von so manchen Verbrechen abgehalten haben, und dass sie so manchen Menschen, welcher die ehrliche Arbeit gewollt hat, der Arbeit in die Arme geführt haben. An den Pforten der Armut hört sich jeder Parteiunterschied auf. Ich hoffe und wünsche, dass der Antrag des Gem.-Rathes Silberer angenommen wird. Wenn hier von Privatwohlthätigkeit gesprochen worden ist, dann erinnere ich Sie an jene Sammlung, welche seinerzeit der „Figaro" in Paris veranstaltet hat und bei welcher in kurzer Zeit bei 1,300.000 Francs gesammelt wurden. Was ist das im Vergleiche gegen die Privatwohlthätigkeit in Wien? Die Gemeinde Wien hat meiner Ansicht nach die Verpflichtung, für einen Verein, wie der Wärmestubenverein, einzutreten. Sie begeht damit einen Act der Menschenwürde und Menschenfreundlichkeit, und deshalb lade ich Sie ein, dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Silberer die Zustimmung zu ertheilen.

Gem.-Rath Trambauer: Ich werde Sie meine Herren, nicht so lange beschäftigen, wie meine beiden Herren Vorredner. Die Noth ist groß, das ist constatiert; das habe ich Ihnen auch bei der Debatte über die Verkehrsanlagen mitgetheilt. Ich habe auch damals über Wärmestuben, über Asylhäuser, und über den Verein für hungernde und frierende Kinder gesprochen. Alles, was ich damals gesagt habe, ist richtig und ich constatiere nur heute nochmals, dass vor 30 Jahren keine so bettelarmen Leute in meiner Vaterstadt waren wie heute (Rufe links: So ist es!), und dass Wien jetzt so verarmt ist, dass viele Leute in die Wärmestuben gehen müssen. Ich habe bemerkt, dass die Wärmestube in meinem Bezirke so eingerichtet ist, wie ein Arrest. Daselbst sind 6 Schuh hohe Fensterparapete, so dass ein armer Mensch, selbst wenn er sich auf die Fußspitzen stellt, nicht zum Fenster hinausschauen kann. Ich werde allerdings für den höheren Betrag von 1000 fl. stimmen; ich bitte Sie aber, meine Herren, darauf hinzuarbeiten, dass die Verarmung nicht so riesige Dimensionen annimmt. (Rufe links: So ist es!) Sie müssen zuerst die Ursache suchen, warum die Bevölkerung verarmt. (Rufe links: Jawohl!) Wenn der Herr College Silberer sagt: Geben wir 3000 fl., so muss ich ihm schon sagen: Ja Schätzbarer, die Steuern zahlen aber wir; zahlen Sie sie? Sie haben unlängst gesagt, dass Sie ein fashionabler Herr sind, dass es Sie nicht geniert, sich einen Fiaker zu nehmen und in die Oper zu fahren. Das können Sie thun. Geben Sie aber lieber 100 fl. für die Wärmestuben. Ich werde die geehrten Herren Collegen von der Opposition schönstens bitten, für die Bewilligung von 1000 fl. einzutreten und damit schließe ich.

Gem.-Rath Steklik: Heute ist von der anderen Seite eine Schilderung ausgegangen, wie schlecht es in Wien ist, wie traurig die Verhältnisse sind, wie groß die Noth ist. Heute sprechen Sie es aus. Woher ist das gekommen? Wer hat das verschuldet? Wer hat es gethan, dass heute in Wien das Elend so groß ist, wie in keiner zweiten Stadt. Es ist mit Recht hervorgehoben worden, dass 374.000 Menschen gespeist wurden. Ja, das ist eben ein Unglück.

Wenn ich schon bei diesem Punkte angelangt bin, so muss ich sagen, dass, wenn wir heute in dem vergrößerten Wien Wärmestuben haben, mir drei Wärmestuben zu wenig zu sein scheinen, denn es ist nicht möglich, dass jemand aus der Stadt nach Erdberg oder aus dem X. Bezirke nach Margarethen geht, und da komme ich auf den Punkt, den der unmittelbare Herr Vorredner aus dem VII. Bezirke besprochen hat. Es ist gesagt worden, man solle sich an die besser situierten Classen wenden; ja, meine Herren, bei den Wahlen, da zeichnen manche Reiche, Lobmayer, Dreher 10.000 fl., 5000 fl., aber hier finden Sie diese Herren nicht. (Beifall links.) Morgen werden Sie in den Blättern lesen, wie nothwendig diese Auslage ist, aber man könne sie den Steuerträgern nicht auferlegen. Ich bin neugierig, ob von diesen Herren sich vielleicht Einer erwärmen und zeichnen wird; wenn aber die Wahlen kommen, da wird man die Herrschaften wieder sehen, wenn wir so glücklich sein werden, zu der Liste zu gelangen, um zu sehen, wie viel solche Wahlen kosten und auf welche Weise sie gemacht werden; wir haben ja gesehen, dass ein einziger Wahlmacher in Neulerchenfeld 4000 fl. bekommen hat. Der Herr Gem.-Rath Frauenberger hat davon gesprochen und ich bin neugierig, ob morgen die Zeichnung vor sich geht; da werden wir aber die Herren nicht finden. In Margarethen ist es so weit gekommen, dass die Leute sogar die Kinder in die Wärmestuben schicken, das ist ein trauriges Zeichen, sogar Schulkinder werden mitgenommen. (Gem.-Rath Gregorig: Die werden etwas Schönes lernen!)

Es wurde auch davon gesprochen, man solle den Schnapsboutiquen die Kundschaften abnehmen. Ich erlaube mir nun, den Antrag weiter zu motivieren. (Rufe links: In die Suppenanstalten gehen die Juden!) Von diesen Leuten hören die Herren nicht gerne. Heuer ist der Winter vorüber; vielleicht wird sich die reichere Classe das, was hier in der Gemeindestube gesprochen wurde, zu Herzen nehmen. Es kommen jetzt die Wahlen in den ersten Wahlkörper, da wird man kein Geld brauchen, da werden die Herren schon gewählt, vielleicht wird also das Geld jetzt gegeben werden. Wenn aber dann der Winter kommt, erwarten wir, dass man mit den Arbeiten beginnen wird.

Es ist der Antrag eingebracht worden, dass die Arbeiten beginnen sollen. Wenn das geschieht, so wird das Unglück und

das Elend nicht so groß sein. Ich denke mir Folgendes: Vielleicht werden die reichen Leute sich geschmeichelt fühlen, wenn der Antrag von ihnen gestellt wurde. Wir stellen ihn ja nicht, und uns würden sie auch nichts geben. Dann erwarte ich auch Arbeit von Groß-Wien. Im heurigen Winter, wo kein Schneefall war und wo auch die Trammay nichts ausgebeben hat, wurden 374.000 Personen ausgespeist; und was haben sie bekommen? Eine elende Arrestkost; es ist traurig, dass die Verhältnisse in Wien so sind. Die Stadträthe nehmen 3000 fl., sie sollen aus ihrer Tasche etwas geben; da sollen sie Patrioten sein, die sollen die Ersten am Zeuge flicken, aber sie werden nicht einen Pfennig für diesen Zweck hergeben; zum Zwecke der Wahlen werden sie es thun. (Beifall links.)

Gem.-Rath Grünbeck: Der vorliegende Gegenstand ist gewiss ein solcher, der die Bevölkerung sehr innig berührt. Sie dürfen aber nicht glauben, dass Sie dem Arbeiter mit dem den Mund stopfen, dass Sie ihm eine Schale Suppe geben. Die Hauptsache ist, geben Sie Arbeit und trachten Sie so rasch als möglich, dass die Regierung die Sache nicht wieder verzögert. Ich will nicht zurückkommen auf den Artikel des „Wiener Tagblatt", aber es muss etwas dran sein; es wäre mir lieber, wenn es mit der Verzögerung nichts wäre. Wie gesagt, auf diese Weise werden Sie dem Arbeiter nicht den Mund stopfen. Gerade der löbliche Stadtrath geizt mit den 40.000 fl., welche die Wegreißung der Linienwälle eventuell kostet; diese sollen die Bewerber um die Parcellen bezahlen. Geben Sie also Arbeit, dann brauchen Sie nicht solche Dinge, wie wir sie jetzt verhandeln.

Ich bin zwar für die 1000 fl. und unsere Partei selbstverständlich auch. Aber ich möchte nur daran erinnern, dass Sie und auch das Präsidium trachten sollen, dass so viel als möglich Arbeit geschaffen werde. Dann werden die Arbeiter keine Schale Suppe brauchen, dafür werden sie sich nicht bedanken.

Gem.-Rath Gräf: Meine sehr geehrten Herren! Sie haben gehört, dass der Herr Gem.-Rath Silberer die Erhöhung der Subvention für diesen Wohlthätigkeitsverein auf 3000 fl. wärmstens befürwortet. Ich erinnere Sie daran, dass vor kurzer Zeit die Debatte über die Biersteuer hier stattgefunden hat; und da hat der Herr Gem.-Rath Silberer daran die Bemerkung geknüpft: Stimmen Sie zu! In kurzer Zeit wird das Geld rieseln und rieseln (Heiterkeit) bis in die entferntesten Grenzen der Vororte. Und heute haben wir Gelegenheit wahrzunehmen, dass er daran nimmer recht glauben muss, wofür er vor einigen Wochen mit Wärme eingetreten ist. Ich erkläre von vornherein, dass ich nicht dagegen bin, dass die 1000 fl. Subvention an die Wärmestuben gegeben werden, und ich wäre auch dafür, wenn die Verhältnisse im heurigen Jahre sich nicht bessern sollten, wenn die großen Hoffnungen, die an die Verkehrsanlagen geknüpft werden, nicht in Erfüllung gehen, wenn der Volkswohlstand sich nicht heben und die Verarmung fortschreiten sollte, im nächsten Jahre auch für eine Subvention von 3000 fl. zu stimmen. Vorläufig wünsche ich aber, dass der Herr Gem.-Rath Silberer Recht behalte, und dass viel Arbeit geschaffen werde. Ja, ich habe sogar den zuversichtlichen Wunsch, die Wärmestuben ganz aufzulassen, da es dann nicht nothwendig sein würde, dass die Arbeiter dort vor Hunger und Kälte geschützt werden.

Ich bitte, dem Antrage des Herrn Referenten auf Bewilligung einer Subvention von 1000 fl. zuzustimmen, und bitte zur Kenntnis zu nehmen, dass, wenn sich die Verhältnisse nicht bessern, wir im nächsten Jahre für eine Subvention von 3000 fl. stimmen werden.

Gem.-Rath Gregorig (zur Geschäftsordnung): Die Sache ist schon so weit nach allen Richtungen erörtert (Heiterkeit) — die Herren lachen schon im vorhinein — dass ich nun die Wahl der Generalredner beantrage.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent Gem.-Rath Kreindl: Ich habe mir nur die Bemerkung zu erlauben, dass nach der nachträglichen Eingabe dieses Vereines bis jetzt schon über 300.000 Personen in den vier Wärmestuben aufgenommen und beköstigt worden sind, und dass im Monate Februar aller Wahrscheinlichkeit nach mindestens 200.000 Personen aufgenommen werden dürften.

Mit Rücksicht auf diese Daten möchte ich bitten, die Subvention von 1000 fl. bewilligen.

Gem.-Rath Frauenberger (zu einer persönlichen Bemerkung): Ich sehe mich veranlasst, auf die Ausführungen des Herr Gem.-Rathes Stehlik zu bemerken, dass alle diese Vereine sehr viel Geld brauchen, und dass dieses Geld nur von den reichen Leuten kommt. Allerdings entziehen sich sehr viele dieser Pflicht, das wollte ich gesagt haben.

Gem.-Rath Arnhart (zu einer thatsächlichen Berichtigung): Gegenüber den Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger muss ich thatsächlich berichtigen, dass er früher gesagt hat — ich habe extra hinüber gerufen — dass dieses Geld die arme Bevölkerung zahlt. Ich bitte im stenographischen Protokolle nachzuschauen.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich habe das bezüglich der Steuer gesagt, aber bezüglich der Vereine habe ich ausdrücklich gesagt, dass dieselben von reichen Leuten zu subventionieren und zu unterstützen wären.

Gem.-Rath Stehlik: Herr Gem.-Rath Frauenberger sagt eben, dass das Geld von den reichen Leuten stammt; er hat aber gesagt, man soll an sie herantreten und darin habe ich ihn bekräftigt; wenn dies geschieht, dann bin ich zufrieden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Dann erlaube ich mir nur die Frage, was eigentlich berichtigt werden soll, denn das ist nichts, als eine Fortsetzung der Debatte. — Ich bringe nun den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Silberer zur Abstimmung, welcher 3000 fl. beantragt; wenn der fällt, kommt der Antrag des Herrn Referenten zur Abstimmung.

Ich bitte also diejenigen Herren, welche dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Silberer zustimmen, dass eine Subvention von 3000 fl. ertheilt werde, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Nun bitte ich diejenigen Herren, welche dem Antrage des Herrn Referenten auf Bewilligung von 1000 fl. zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Der Gegenstand ist erledigt.

Es wurde daher beschlossen, dem Wiener Wärmestuben- und Wohlthätigkeits-Vereine eine Subvention von 1000 fl. für das Jahr 1891 zu gewähren.

19. Referent Gem.-Rath Kreindl: Ich habe noch über das Unterstützungsgesuch zu Z. 3616 zu referieren.

Der Unterstützungs-Verein für entlassene Sträflinge ersucht ebenfalls um eine Subvention. Dieser Unterstützungs-Verein für entlassene Sträflinge und für hilf- und schuldlose Familien von

Verhafteten erhielt zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 4. December 1888 eine Subvention von je 300 fl. auf die Dauer von 3 Jahren, die auch für alle 3 Jahre bereits behoben wurde.

Er bittet nun auch um eine fernere Unterstützung, und in Anbetracht des echt menschenfreundlichen Wirkens des Vereines, der durch seine hilfreiche Thätigkeit das bittere Los mancher schuldlosen Familie lindert — es wurden nämlich 729 Sträflinge und 311 Familien von Sträflingen mit einem Betrage 6740 fl. unterstützt — erlaube ich mir namens des Stadtrathes den Antrag zu stellen, dem Vereine auch für die nächsten 3 Jahre, d. i. bis Juli 1895, einen Unterstützungsbetrag von 300 fl. zu gewähren.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem Wiener Unterstützungs Vereine für entlassene Sträflinge eine Subvention von 300 fl. für die nächsten drei Jahre, d. i. bis Juli 1895 zu gewähren.

20. Referent Gem.-Rath Kreindl: Endlich habe ich noch über St.-R.-Z. 106, Beilage 9, zu referieren.

Der Weinbauverein im XVIII. Bezirke ersucht um Überlassung eines Grundes zur Anlage eines Versuchsweingartens. (Rufe links: Einverstanden!) Ich bitte, ich muss mir doch erlauben, den Antrag zu Ihrer Kenntnis zu bringen, sowie die Bedingungen, die daran geknüpft sind, zu verlesen. (Rufe links: Nicht begründen, nur den Antrag lesen!) Ich werde mir also nur erlauben, Ihnen den Antrag zu unterbreiten. Derselbe lautet (liest):

„Die Gemeinde Wien erklärt sich bereit, dem zu constituierenden Weinbau-Vereine für den XVIII. Wiener Bezirk die im Grundbuche Pötzleinsdorf, sub Einl.-Zahl 260, inliegende Wiesen-Parcelle Nr. 589 im Flächenausmaße von 1581 Quadratklafter zur Anlage eines Versuchs-Weingartens mit amerikanischen Reben pachtweise gegen einen jährlichen Pachtzins von 5 fl. auf die Dauer von 10 Jahren zu überlassen, jedoch unter folgenden Bedingungen:

1. Die Statuten des Vereines sind dahin abzuändern, dass keinem Weingartenbesitzer aus den bestandenen Gemeinden Salmannsdorf, Neustift, Pötzleinsdorf, Gersthof, Weinhaus und Währing die Mitgliedschaft versagt werden darf, ferner dass der Verein das Schnittholz und die veredelten Wurzelreben nur ohne Entgelt an seine Mitglieder abgeben darf und dass auch diese die vom Vereine erhaltenen Schnitthölzer und Wurzelreben nicht entgeltlich veräußern dürfen.

2. Das fragliche Grundstück darf nur zur Anlage eines Versuchs-Weingartens mit amerikanischen Reben behufs Erlangung von veredelten Wurzelreben und Schnittholz verwendet werden.

3. Die Gemeinde Wien ist bei Nichteinhaltung dieser Bedingungen berechtigt, das Pachtverhältnis sofort ohne Kündigung aufzulösen." (Beifall links.)

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Es ist sehr erfreulich, dass die weinbautreibende Bevölkerung innerhalb des Gemeindegebietes von Wien zur Selbsthilfe greift und es ist dies der vierte Verein, der sich in Wien innerhalb zweier Jahre zum gleichen Zwecke gebildet hat. Die Unterstützung der weinbautreibenden Bevölkerung von Seite des Ackerbauministeriums ist im Verhältnisse zur Unterstützung derselben seitens der Regierungen in Ungarn und Frankreich gleich Null zu bezeichnen. Der n.-ö. Landes-Ausschuss hatte die Weinbautreibenden aufgefordert, Gesuche zu überreichen, damit sie amerikanische Reben bekommen; die Gesuche sind aber schließlich mit dem Bescheide zurückgesendet worden, es seien keine Reben vorhanden.

Ich werde für den Antrag des Herrn Referenten stimmen, jedoch für eine andere Stilisierung der Punkte 1 und 2. Es heißt hier: „Die Statuten des Vereines sind dahin abzuändern, dass keinem Weingartenbesitzer aus den bestandenen Gemeinden Salmannsdorf, Neustift, Pötzleinsdorf, Gersthof, Weinhaus und Währing die Mitgliedschaft versagt werden darf." Meine Herren! Ich war schon bei zwei Gründungen von Weinbauvereinen thätig. Es muss jeder, der dem Vereine beitritt, damit ein Capital vorhanden ist, zur Anlegung des Versuchsweingartens, einen Antheil zahlen. Wenn Sie nun erklären, dass jeder jederzeit aufgenommen werden muss, dann werden 8 oder 10 Weinbautreibende in dem Bezirke die Ehre haben, den Verein zu gründen, sich zu plagen und wenn das Weinrebenmateriale abgegeben wird, kann jeder dem Vereine beitreten und er braucht nur einen Jahresbeitrag zu leisten. Wir haben in Sievering, Grinzing, Dornbach u. s. w. per Antheil 5 fl. zahlen müssen, auf mich sind 30 fl. gekommen. Gegen einen solchen Antrag muss ich mich also absolut aussprechen.

Weiters wende ich mich gegen die „veredelten Wurzelreben". Ich mache weder dem Herrn Referenten noch dem Stadtrathe einen Vorwurf, aber man geht bereits von der Veredlung der Wurzelreben ab, weil man seit zwei Jahren durch die Erfolge, die bei den Versuchen mit der Standortsveredlung erzielt worden sind, eines Besseren belehrt wurde. Es werden nämlich die Reben wild angepflanzt und wenn sie die nöthige Stärke erlangt haben, am Stocke veredelt und damit sind bisher die meisten Erfolge erzielt worden.

Nun komme ich zur Stilisierung. Punkt 1 hätte nach meinem Antrage zu lauten:

„Dass bei der Constituierung des Vereines keinem Weingartenbesitzer aus den bestandenen Gemeinden Salmannsdorf, Neustift, Pötzleinsdorf, Gersthof, Weinhaus und Währing die Mitgliedschaft versagt werden darf; ferner, dass der Verein die in seinem Mutterweingarten producierten Reben nur ohne Entgelt an seine Mitglieder abgeben darf."

Punkt 2 hätte zu lauten:

„Das fragliche Grundstück darf nur zur Anlage eines Versuchsweingartens mit amerikanischen Reben behufs Erlangung von Schnittholz verwendet werden."

Ich muss Sie bitten, wenn Sie etwas Nützliches schaffen wollen, und man sieht ja, dass der Stadtrath den guten Willen hat, nach dem Pachtpreise, den er beantragt, den Weinproducenten keine gebundene Marschroute mitzugeben, die Weinproducenten des XVIII. Bezirkes zu unterstützen und dasjenige zu thun, was im Interesse der Weinbautreibenden liegt; ich bitte demnach, meine Anträge anzunehmen. (Beifall links.)

Gem.-Rath Kaspar: Es ist eine lange Reihe von Jahren, dass ich für den Weinbau ein ungeheueres Interesse hege. Ich habe gesehen, mit welcher Mühe und Plage die Weingärten bestellt werden müssen, ich kenne die großen Befürchtungen, in welchen die Weinbauer das ganze Jahr hindurch wegen der Elementar-

Ereignisse leben. Nun kommt noch dazu die Erkrankung des Weinstockes, bei der gar keine Aussicht auf eine Besserung ist, so dass an eine Sanierung gedacht werden muss.

Ich begrüße deshalb mit Freuden den Antrag des Stadtrathes, der ein Flächenausmaß mit 1581 □° gegen einen Pachtzins von 5 fl. überlassen will. Ich hätte es wohl sehr gerne gesehen, wenn dieser Bevölkerung noch mehr Sympathie zugewendet und dies unentgeltlich geschehen würde. Ich will mich jedoch damit befreunden und stimme dem Antrage bei. Nur habe ich gegen die Bedingungen etwas einzuwenden.

Es hat eine Reihe von Weinbaubesitzern, von den ärmsten, das sind die sogenannten Viertelbesitzer, sich mit der Vorstellung an mich gewendet, dass es ihnen unmöglich ist, diesem Vereine beizutreten, nachdem der Mitgliedsbeitrag ein enorm großer ist. Diese Classe von Weinbaubesitzern umfasst sogenannte Taglöhner; sie arbeiten im Weingarten, sie haben den Weingarten entweder durch Erbschaft oder durch Ankauf an sich gebracht, bearbeiten ihn selbst und die übrige Zeit hindurch verwenden sie sich als Taglöhner bei anderen, größeren Weinbautreibenden.

Nun, meine Herren, hier heißt es im ersten Punkte der Bedingungen, dass nur an die Mitglieder solche Reben vertheilt werden können. Es muss aber auf jene Classe von Besitzenden Rücksicht genommen werden, welche als Mitglieder nicht beitreten können, und da glaube ich beantragen zu dürfen, dass es heißt „ohne Entgelt, aber mit Ausnahme der kleinen Weinbaubesitzer, welche dem Vereine als Mitglieder nicht beitreten können." Ich empfehle diesen Zusatz auf das wärmste, weil gerade dadurch, dass man diesen ärmsten Leuten nicht Gelegenheit gibt, auch daran zu participieren, ein großes Unrecht geschehen würde. Diese Leute werden sonst geradezu dazu gezwungen, ihren Weingarten zu verkaufen, weil ihnen eine Beschaffung der Reben gar nicht möglich wäre.

Nun bitte ich zu bedenken: wenn solch' ein armer Teufel in der gegenwärtigen Zeit seinen Weingarten veräußern müsste, welchen Preis würde er erzielen! Darnach, wie die Preise der Weingärten jetzt stehen, werden Sie es selbst ermessen können.

Ich bitte nochmals dringend, auch diesen kleinen Weingartenbesitzern, welche rein nur vom Taglohne leben und als Mitglieder dem Vereine nicht beitreten können, gegen mäßige Entschädigung die Reben zukommen zu lassen.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Sehr geehrte Herren! Es wurde von Seite eines Vorredners hervorgehoben, dass Punkt 1 dieser Vertragsbedingungen dahin abgeändert werden möge, dass überhaupt nur an Mitglieder die Wurzel- und Schnittreben abgegeben werden sollen, aus dem einfachen Grunde, weil, wie jede Constituierung eines Vereines, auch diese mit Unkosten verbunden ist, und dann, wenn gesäet ist, andere Leute ernten kommen; ich pflichte dem vollkommen bei. Ich würde aus diesem Grunde beantragen, den ersten Passus dahin abzuändern, dass es heißt: „Reben nur ohne Entgelt an seine Mitglieder, jedoch müssen dieselben mindestens zwei Jahre dem Vereine als Mitglieder angehören". Damit wäre diesem Gesichtspunkte auch Rechnung getragen. Was den Punkt weiters anbelangt, ob Wurzel- oder Schnittreben heutzutage geeigneter sind, so werden das jene Herren, die ja Fachleute sind und die diesen Mustergarten gründen, zu beurtheilen haben. Ich bitte also, meinen Antrag zu acceptieren.

Gem.-Rath Seiler: Ich will den Antrag, der vom Stadtrath gestellt ist, nicht weiter besprechen, und will nur den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Steiner, welcher beantragt, dass nur den Mitgliedern, welche bei Constituierung dieses Vereines demselben beitraten, die unentgeltliche Abgabe von Wurzelreben gestattet werde, dahin erweitern, dass es auch den später Eintretenden gestattet sein soll, die Reben unentgeltlich zu beziehen, wenn selbe den Jahresbeitrag oder jenen Betrag nachzahlen, der bei der Gründung gezahlt worden ist; das will ich zur Ergänzung des Antrages Steiner beantragen.

Gem.-Rath Bärtl: Ich möchte Sie ersuchen, die Anträge des Collegen Steiner anzunehmen. Die Stilisierung kann man ja verschieden machen, endlich kommt es beinahe auf das gleiche hinaus. Aber ich habe Vertrauen zu einem Fachmanne und ich glaube, der erste Herr Sprecher Steiner ist in dieser Richtung Fachmann. Wenn Sie die Anträge in der Fassung annehmen, wie sie College Steiner vorschlägt, — ich glaube, der Herr Referent wird auch nichts dagegen haben — so verursacht die Sache der Commune keine Auslagen. Der Antragsteller will nur die Vereinsmitglieder gesichert wissen. Was ein zweiter Herr Sprecher von dieser Seite gesagt hat, es sollen auch denen, die nicht Mitglieder sind, die Reben abgegeben werden, das, meine Herren, ist nicht durchführbar. Er meint, der Preis ist zu hoch für die Ärmeren. Das ist nicht richtig. Das sind Antheilscheine, und jeder derselben kostet 5 fl., mitunter weniger, über 5 fl. nicht, wie mir mitgetheilt wurde. Den kleinen Betrag kann er leisten, und dann hat er das bene, dass er von dem Vereine unterstützt wird. Der Herr College Dr. Klotzberg beantragt, dass jemand 2 Jahre Mitglied sein müsse, bis er dasselbe Recht wie ein anderer besitzt. Das ist schon wieder eine Erschwerung. 10 fl. sind schon mehr als 5 fl. Wenn er 5 fl. erlegt hat, ist er Mitglied. Nun muss er 2 Jahre warten und 10 fl. zahlen. Hat er mehrere Antheilscheine, so kommt er auf 20 oder 30 fl. Meine Herren, das ist erschwerend. Ich bitte Sie nochmals, die Abänderungs-Anträge des ersten Herrn Sprechers anzunehmen.

Gem.-Rath Steiner: Ich muss einiges zum Zusatz-Antrage des Gem.-Rathes Kaspar bemerken, welcher dahin geht, dass auch demjenigen, welcher unbemittelt ist, nach 2 Jahren Reben unentgeltlich abgegeben werden müssen. Seien Sie überzeugt, ich trete gewiss für die weinbautreibende Bevölkerung ein, welche unbemittelt ist, und kenne deren Verhältnisse ziemlich genau. Bei Gründung des Vereines sind bei uns Mitglieder, welche für 1/8 Antheil 2 fl. 50 kr. zu bezahlen haben, und der Verein ist an sie leider nicht herangetreten. Nun wird aber wohl ein Weingartenbesitzer, der einen Weingarten hat, welcher einen Wert von 1000 fl. repräsentiert, bei der Constituierung des Vereines doch 2 fl. 50 kr. besitzen, um den Mitgliedsbeitrag zu erlegen. Wie kommen die Mitglieder dazu, für immerwährende Zeiten dafür zu arbeiten. Ich bitte daher, meinen Antrag, wie ich ihn gestellt habe anzunehmen.

Referent: Nachdem der Herr College Steiner ein Sachverständiger im Weinbau zu sein scheint, so habe ich gegen die Änderung, nachdem dieselbe wirtschaftlicher Natur ist, nichts einzuwenden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Gegen die Einleitung des Referenten-Antrages ist eine Einwendung nicht erhoben worden, dass nämlich diese Verpachtung gegen einen jährlichen Pachtzins von 5 fl. auf 10 Jahre bewilligt werde. Ich bitte jene Herren, welche dem zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. Gegen Punkt 1 ist

von dem Herrn Gem.-Rath Steiner ein Gegen-Antrag gestellt worden, welcher den ganzen Absatz ändert.

Ich werde den Absatz 1 in der Fassung des Herrn Gem.-Rathes Steiner zur Verlesung bringen.

Er soll lauten: „Die Statuten des Vereines sind dahin abzuändern, dass bei der Constituierung keinem Weingartenbesitzer aus den bestandenen Gemeinden Salmannsdorf u. s. w. die Mitgliedschaft versagt werden darf, dass der Verein die in seinem Mutterweingarten producierten Reben nur ohne Entgelt an seine Mitglieder abtreten darf." Dazu beantragt Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg nach dem Worte „Mitglieder" die Einschaltung: „jedoch müssen dieselben mindestens zwei Jahre dem Vereine als Mitglieder angehören". Weiters beantragt Herr Gem.-Rath Seiler, dass auch später beigetretene Mitglieder den unentgeltlichen Bezug erhalten, wenn sie den Mitgliedsbeitrag noch bezahlen. Das wäre ein Zusatz-Antrag zu dem Antrage Steiner. Herr Gem.-Rath Kaspar beantragt, dass nach den Worten „ohne Entgelt" eingesetzt werden die Worte: „mit Ausnahme von jenen Weinbaubesitzern, welche den Mitgliedsbeitrag zu leisten außer Stande sind".

Ich betrachte den Antrag Steiner als Gegen-Antrag und bringe denselben im ganzen zur Abstimmung und dann erst die Amendements, die noch gestellt worden sind. Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Steiner zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun käme der Zusatz-Antrag Dr. Klotzberg, welcher, wie mir vorkommt, in die ganze Diction nicht hineinpasst.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Zur Erörterung möchte ich bemerken . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte, eine Debatte ist nicht zulässig. Der Antrag liegt vor, die Herren werden, wenn sie den Antrag verstehen, ihn annehmen oder ablehnen. Nach dem Antrage Dr. Klotzberg jedoch müssen dieselben mindestens zwei Jahre dem Vereine als Mitglieder angehören.

Ich bitte jene Herren, welche diesem Zusatze zustimmen, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause.) Es ist die Minderheit, der Antrag ist abgelehnt.

Weiter liegt vor der Antrag Kaspar, nach den Worten „ohne Entgelt" einzuschalten die Worte: „mit Ausnahme jener Weinbaubesitzer, welche den Mitgliedsbeitrag zu zahlen außer Stande sind".

Ich bitte die Herren, die diesen Zusatz-Antrag annehmen, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause.) Der Antrag ist abgelehnt. (Rufe: Es ist das ein Widerspruch!) Ich bitte, ich habe an den Anträgen nicht Kritik zu üben, das ist nicht meine Sache.

Es gelangt nun zur Abstimmung der Antrag Seiler, welcher dahingeht, dass der unentgeltliche Bezug der Weinreben auch später eingetretenen Mitgliedern gestattet wird, wenn sie die Mitgliedsbeiträge nachzahlen.

Ich bitte die Herren, welche diesen Antrag annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Gegen den Punkt 2 ist seitens des Gem.-Rathes Steiner der Antrag gestellt worden, dass die Worte „veredelten Wurzelreben und" wegbleiben; es würde also Punkt 2 lauten:

„*Das fragliche Grundstück darf nur zur Anlage eines Versuchs-Weingartens mit amerikanischen Reben behufs Erlangung von Schnittholz verwendet werden.*"

Ich bitte die Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität; der Antrag ist angenommen.

Gegen Punkt 3 ist eine Einwendung nicht erhoben worden; ich erkläre denselben für angenommen. Der Gegenstand ist somit erledigt.

Es wurde daher beschlossen:

„Die Gemeinde Wien erklärt sich bereit, dem zu constituierenden Weinbau-Vereine für den XVIII. Wiener Bezirk die im Grundbuche Pötzleinsdorf, sub Einl.-Zahl 260, inliegende Wiesen-Parcelle Nr. 589 im Flächenausmaße von 1581 Quadratklafter zur Anlage eines Versuchs-Weingartens mit amerikanischen Reben pachtweise gegen einen jährlichen Pachtzins von 5 fl. auf die Dauer von 10 Jahren zu überlassen, jedoch unter folgenden Bedingungen:

1. Die Statuten des Vereines sind dahin abzuändern, dass bei der Constituierung des Vereines keinem Weingartenbesitzer aus den bestandenen Gemeinden Salmannsdorf, Neustift, Pötzleinsdorf, Gersthof, Weinhaus und Währing die Mitgliedschaft versagt werden darf, ferner dass der Verein die in seinem Mutterweingarten producierten Reben nur ohne Entgelt an seine Mitglieder abgeben darf, dass jedoch den später Eintretenden gestattet sein soll, die Reben unentgeltlich zu beziehen, wenn selbe den Jahresbeitrag oder jenen Betrag nachzahlen, der bei der Gründung gezahlt worden ist.

2. Das fragliche Grundstück darf nur zur Anlage eines Versuchs-Weingartens mit amerikanischen Reben behufs Erlangung von Schnittholz verwendet werden.

3. Die Gemeinde Wien ist bei Nichteinhaltung dieser Bedingungen berechtigt, das Pachtverhältnis sofort ohne Kündigung aufzulösen."

Zum Referate gelangt nun Herr Gem.-Rath Dr. Huber.

21. Referent Gem.-Rath Dr. Huber: Ich habe die Ehre zu referieren in Ansehung eines Antrages des Stadtrathes, welcher auf der gedruckten Tagesordnung steht und das Ansuchen des Kirchenmusikvereins St. Florian in Margarethen um eine Subvention betrifft. Der Stadtrath beantragt eine einmalige Subvention von 50 fl. Ich bemerke über diesen Verein Folgendes: Der Verein besteht seit dem Jahre 1888 und ist gewiss ein sehr nützlicher und gemeinnütziger, indem er sich damit befasst, die Kirchenmusik in der Kirche St. Florian auf der Matzleinsdorferstraße auf seine Kosten zu besorgen. Er erhält auch eine Musikschule in den Localitäten der Schule am Phorusplatze, und wird an 3 Tagen in der Woche immer Abends für jene, welche bei der Kirchenmusik mitzuwirken gesonnen sind, Unterricht in Violinspiel und Gesang ertheilt. Der Verein schreitet zum erstenmale um eine Subvention ein, und der Stadtrath beantragt, ihm eine Subvention von 50 fl. zuzuwenden. Ich bitte Sie, diesem Antrage Ihre Zustimmung zu geben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung. (Niemand meldet sich.) Dieser Antrag ist angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem Kirchenmusikverein St. Florian in Margarethen eine Subvention von 50 fl. für das Jahr 1891 zu gewähren.

22. Referent Gem.-Rath Dr. Huber: Ich habe weiter die Ehre über einen anderen Antrag des Stadtrathes zu berichten, welcher auf der heutigen Tagesordnung steht. Es betrifft dieser das Ansuchen des Schulvereines für Beamtentöchter um eine Subvention. Dieser Schulverein unterhält eine dreiclassige höhere Schule für Beamtentöchter in Wien. Ich bemerke zunächst, dass der Antrag des Stadtrathes dahingeht, eine Subvention von 200 fl. für dieses Jahr zu bewilligen. In dem Gesuche wird darauf hingewiesen, wie der Verein schon seit Jahren bestrebt ist, den Töchtern der ärmeren Beamten, die nicht in der Lage sind, in anderer Weise auf eigene Kosten sich eine bessere Bildung anzueignen, in dieser Schule höheren Unterricht zu ertheilen. Theilweise ist damit auch ein Internat in Verbindung nach Maßgabe, als die vorhandenen Kräfte reichen, welche leider sehr geringe sind. Ich habe die Überzeugung, dass die Nützlichkeit dieses Vereines und seine Zweckmäßigkeit keinem Zweifel unterliegen kann. Der Stadtrath beantragt in Anerkennung dessen, eine Subvention von 200 fl. für dieses Jahr, also eigentlich eine einmalige Subvention zu bewilligen, und ich lege Ihnen diesen Antrag mit der Bitte vor, diese Subvention gütigst bewilligen zu wollen. (Gem.-Rath Gregorig: Die müssen im Stadtrath gute Freunde haben!)

Gem.-Rath Schrenckh: Meine geehrten Herren! Sie haben aus den Ausführungen des Herrn Referenten entnommen, wie wohlthätig dieser Schulverein für Beamtenstöchter ist. Es ist ein Verein, der mit sämmtlichen Beamtenvereinen, die in Wien existieren, gar nicht im Zusammenhange steht. Er hat den Zweck, die Töchter von Beamten auf ihre zukünftige Existenz vorzubereiten, indem er ihnen die Möglichkeit gibt, eine bessere Ausbildung zu erreichen. Zu diesem Behufe wurde im vergangenen Schuljahre eine dreiclassige höhere Töchterschule errichtet. Aber das allein ist es nicht; ein großer Vortheil dieses Vereines besteht darin, dass er Töchtern solcher Beamten, welche ihr Domicil nicht immer in Wien haben — ich möchte sagen: eine familiäre Pflege gibt. Er unterhält ein Internat, welches dem Vereine ziemlich viel Geld kostet. Es ist mir bekannt, dass die Ausgaben hiefür 3600 fl. betragen. Das Töchterheim besteht bereits über 10 Jahre und kostet dem Vereine jährlich 7600 fl. und darüber. Die Mitgliedsbeiträge — es sind zumeist Beamte Mitglieder, übrigens auch Advocaten, Notare, Lehrer, also nicht Beamte im engsten Sinne — betragen über 200 fl., ebenso die Zinsen des Vereinsvermögens. Bezüglich aller anderen Bedürfnisse ist der Verein darauf angewiesen, sich von Sparcassen, verschiedenen Vereinen u. s. f. Subventionen bewilligen zu lassen. Er gibt überdies Stipendien und Freiplätze an Beamtenstöchter, die nicht im Internate sind, im Betrage von 2000 fl.

Ich glaube nun, die Subvention, wie sie vom Herrn Referenten vorgeschlagen wird, ist doch etwas zu gering. Der Gemeinderath unterstützt ja alle humanitären Institute und wird nicht zurückstehen wollen, wenn es sich um die Unterstützung eines Institutes handelt, welches so wohlthätige Folgen für die Beamtenwelt mit sich bringt. Ich stelle den Antrag, dass dem Vereine eine jährliche Subvention von 500 fl. auf die Dauer von 3 Jahren bewilligt werde.

Gem.-Rath Weitmann: Meine Herren! Ich habe im Principe nichts gegen die Bewilligung der Subvention von 200 fl. für diese Beamtentöchterschule; ich muss mich jedoch von vornherein gegen die Subvention von 500 fl. aussprechen, und zwar aus dem Grunde, weil ich nicht sicher bin, dass wirklich nur Töchter von bedürftigen Beamten, denen es schwer ankommt, in dieser Schule unterstützt werden.

Es gibt doch viele Beamte, die Häuser, die ein ansehnliches Privatvermögen besitzen, und die Töchter von Hofräthen und solchen reichen Beamten participieren an den 200 fl., die von uns jetzt bewilligt werden sollen, ebenfalls. Für solche Leute haben wir kein Geld zur Verfügung. Wenn für die Töchter von armen Beamten etwas geschehen soll, werde ich mit Freude dafür stimmen. Aber für Töchter von Notaren, die notorisch einen sehr guten Verdienst haben, für Hofrathstöchter, für Töchter von Beamten, die vielleicht 3, 4 Häuser oder ein Palais stehen haben, möchte ich aus communalen Mitteln keine Subvention bewilligen lassen; wir haben ärmere Leute zu erhalten.

Ich wäre zufrieden, wenn mir der Herr Referent sagen kann, dass solche Leute, wie ich sie erwähnte, von der Antheilnahme an dieser Subvention ausgeschlossen sind.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Gem.-Rath Hawranek hat das Wort.

Gem.-Rath Hawranek: Ich verzichte nach den Ausführungen meines Herrn Vorredners auf das Wort.

Gem.-Rath Schrenckh: Es ist hier gesagt worden, dass man eine gewisse Garantie haben will, dass nicht Leute, die sehr reich sind und ihre Kinder erziehen könnten, auf Kosten Ärmerer bevorzugt werden.

Es liegt nicht in meiner Art und ich habe es daher nicht erwähnt, dass dieser Verein unter dem Protectorate der Erzherzogin Maria Theresia steht. An der Spitze des Vereines stehen nicht Hofräthe, im Gegentheil, mäßig hochgestellte Beamte. Und wenn gesagt wurde, dass Hofrathstöchter die Beneficien dieses Vereines genießen würden, so bitte ich zu bedenken, dass eine Hofrathswitwe 600 fl. Pension hat, und wenn eine Hofrathswaise in dieses Internat kommt, kann es ihr nicht schaden. 100 bis 120 fl. beträgt der Erziehungsbeitrag; davon kann die Witwe das Kostgeld nicht bezahlen und sie ist froh, von dem Internat Gebrauch machen zu können. Reiche Notare werden dies nicht; die Beamtenschaft ist schon so weit vorgeschritten, um das beurtheilen zu können. Ich bin selbst Beamter — die Herren wissen es ja — und es ist mir während meiner 23jährigen Laufbahn nicht vorgekommen, dass ein Beamter hingeht und etwas wegschleppt, was andere besser brauchen können.

Referent: Die Besorgnis, dass man hier einen Verein unterstützt, wo die Unterstützungsbeiträge ganz oder theilweise für Personen verwendet werden, welche in der Lage sind, sich selbst zu helfen, ist unbegründet, denn das, meine Herren, stimmt mit den Statuten des Vereines nicht. Im Statute des Vereines heißt es — insbesondere im §. 34 — dass seine Hauptwirksamkeit darin bestehe, mittellose Beamtenstöchter im Internat am Unterricht und der Befreiung des Schulgeldes theilnehmen zu lassen.

Es heißt auch hier: Die Verleihung ganzer oder theilweiser freier Plätze im Pensionat ꝛc., ebenso sub c in Ansehung der Stipendien.

Also diese Besorgnis, glaube ich, bin ich auf Grund des Statutes zu verwischen imstande.

Ich bemerke noch folgendes:

Im Stadtrathe selbst war eine Differenz in Ansehung der Höhe des Betrages und man ist mit einer sehr schwachen Majorität — oder gar mit Stimmengleichheit, ja mit Stimmengleichheit — dahin gekommen, dass der niedere Betrag mit 100 fl. angenommen wurde, denn der Referent im Stadtrathe beantragte 500 fl. Dem gegenüber stand ein Gegen-Antrag auf 200 fl. und da waren die Stimmen getheilt und durch den Vorsitzenden, welcher sich dem geringeren Betrage anschloss, ist dann dieser Beschluss zustande gekommen.

Ich sage das nur deshalb, um mir nicht den falschen Anschein zu geben, als ob die Majorität des Stadtrathes von vorneherein auf dem Standpunkte gestanden wäre, so wenig als möglich zu geben, sondern die Stimmen waren zwischen 500 und 200 fl. getheilt.

Ich als Referent, muss natürlich den Antrag des Stadtrathes vertreten und ich bin nicht berechtigt, davon abzugehen.

Ich muss also das Weitere der Versammlung überlassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Gegen den Antrag des Referenten, welcher eine Subvention von 200 fl. ein für allemal proponiert, wurde vom Gem.-Rathe Schrenckh beantragt 500 fl. auf drei Jahre zu geben.

Ich bringe diesen Antrag im ganzen zur Abstimmung und bitte jene Herren, welche ihm zustimmen, die Hand zu erheben. — Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem Schulvereine für Beamtenstöchter eine Subvention von 500 fl. auf drei Jahre zu gewähren.

23. Referent Gem.-Rath Dr. Huber: Nun habe ich noch ein Stück zu referieren, das ebenfalls auf der gedruckten Tagesordnung steht. Es betrifft das Ansuchen des Wiener Bienenzüchter-Vereines um eine Subvention.

Dieser Verein steht unter dem Protectorate Ihrer Majestät der Kaiserin.

Der Verein weist bereits auf eine mehr als 25jährige Thätigkeit hin. Seine Mitgliederzahl beträgt ungefähr 1600, und besteht aus dem Central-Vereine und den Zweigvereinen, von welchen gegenwärtig 40 vorhanden sind.

Aus dem letzten Rechenschaftsberichte habe ich die Cassagebarung — Einnahmen und Ausgaben — einer Vergleichung unterzogen und erfahren, dass es sich um ein Revirement von circa 4000 fl. handelt.

Die Nützlichkeit dieses Vereines ist schon dadurch dargethan, dass auch der Landtag einen Beitrag leistet, dass vom Ackerbau-Ministerium ein kleiner Beitrag gegeben wird ꝛc.

Der Stadtrath beantragt eine Subvention von 150 fl., und diesem Antrage bitte ich, Ihre Zustimmung zu ertheilen.

Einverstanden.

Es wurde daher beschlossen, dem Wiener Bienenzüchter-Verein eine Subvention von 150 fl. für das Jahr 1892 zu gewähren.

24. Referent Gem.-Rath Schneiderhan: Ich habe die Ehre, über das Ansuchen der gemeinschaftlichen evangelischen Schulen um eine Subvention für das Jahr 1891 zu berichten. (Rufe: 1892!)

Im Referat steht: pro 1891; die Sache ist nämlich schon lange hier und wurde bisher nicht erledigt. Es handelt sich um das Jahr 1891.

Diese Schulen bekommen seit dem Jahre 1862 Subventionen und haben das letztemal für das Jahr 1890 mit Gemeinderaths-Beschluss vom 5. Jänner 1891 eine solche in der Höhe von 7000 fl. erhalten.

Die Verhältnisse sind die gleichen, und ich bitte Sie, nach dem Antrage des Stadtrathes dieselbe in der gleichen Höhe mit 7000 fl. pro 1891 zu gewähren. Die Bedeckung ist im Präliminare für das Jahr 1892 bereits vorgesorgt unter Rubrik LIII, 14 der Gruppe 11.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich mache den Herrn Referenten darauf aufmerksam, dass hier steht „Subvention für das Jahr 1892", und ich würde daher bitten, wenn das für das Jahr 1891 ist, dass in Hinkunft die Tagesordnung etwas richtiger zusammengestellt werde. (Rufe: Es ist ein Druckfehler!) Aufrichtig gesagt, es ist auch ganz unmöglich, dass es pro 1891 ist, denn ich habe die Überzeugung, dass die Subvention pro 1891 gelegentlich der Budgetberathung bewilligt worden ist. Es wird das, was der Herr Referent heute referiert, pro 1892 sein, es hätte auch keinen Sinn, einen Beschluss pro 1891 heute zu fassen, übrigens ist es mir ganz gleichgiltig, man kann ja etwas zweimal auch beschließen.

Vorsitzender Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte den Herrn Referenten, die Anträge des Magistrates zu requirieren.

Referent: Es steht hier pro 1892, während in der Vorlage der Buchhaltung steht: „Wird zum letztenmal bewilligt pro 1891."

Vorsitzender Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Antrag des Referenten ist richtiggestellt, die Subvention ist pro 1892. Ich bitte die Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. — Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, den evangelischen Schulen in Wien eine Subvention von 7000 fl. für das Jahr 1892 zu gewähren.

25. Referent Gem.-Rath Noske: Es handelt sich darum, dass durch Einbeziehung der Vororte in das Gemeindegebiet von Wien auch eine Anzahl von Kindergärten einbezogen wurde, rücksichtlich deren jetzt die Erhebungen und das Referat im Zuge sind, was in Zukunft mit diesen Kindergärten geschehen soll. Diese Erhebungen und der Antrag des Magistrates werden aber noch einige Zeit in Anspruch nehmen; es war nun nothwendig, dass vom 1. Jänner 1892 an irgend etwas vorgesorgt werde, und da war das Natürlichste, dass der Fortbestand dieser Kindergärten in der Weise gesichert werde, dass die bisher aus dem Bezirksschulfonde gezahlten Beträge für die Erhaltung der Kindergärten, für die Besoldung des Personales u. s. w. nunmehr von der Gemeinde Wien übernommen wurden. Diese Sache war so dringend, dass einstweilen vom Magistrate provisorisch diese Verfügung getroffen wurde, weil man die Kindergärten nicht warten lassen konnte, bis die Frage im Plenum des Gemeinderathes spruchreif werde. Der Stadtrath hat den Beschluss des Magistrates dahin convalidiert (liest):

„Die bisher von Seite der Bezirksschulfonde gegebenen Subventionen im Gesammtbetrage von 1900 fl. jährlich seien vom 1. Jänner 1892 an nicht in Anspruch zu nehmen und die Ausgaben für die Erhaltung der genannten öffentlichen Kindergärten von diesem Zeit-

punkte angefangen aus den eigenen Geldern der Commune Wien zu bestreiten, wobei die bisherige Höhe dieser Ausgaben vorläufig, d. i. bis zur durchgreifenden Regelung der diesfälligen Verhältnisse, welche im Zuge ist, beizubehalten wäre."

Es handelt sich also rein um eine provisorische Verfügung, bis das große Referat kommen wird; ich bitte um Ihre Genehmigung. — Angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Die bisher von Seite der Bezirksschulfonde gegebenen Subventionen im Gesammtbetrage von 1900 fl. jährlich seien vom 1. Jänner 1892 an nicht in Anspruch zu nehmen und die Ausgaben für die Erhaltung der genannten öffentlichen Kindergärten von diesem Zeitpunkte angefangen aus den eigenen Geldern der Commune Wien zu bestreiten, wobei die bisherige Höhe dieser Ausgaben vorläufig, d. i. bis zur durchgreifenden Regelung der diesfälligen Verhältnisse, welche im Zuge ist, beizubehalten wäre.

26. Referent Gem.-Rath Noske berichtet zur Zahl 207. Es betrifft das Ansuchen des Vereines für Arbeitsvermittlung um Subvention. Dieser Verein ist wahrscheinlich der Mehrzahl der geehrten Herren Gemeinderäthe bekannt. Es ist ein Verein, der sich damit befasst, das Stellenvermittlungswesen zu regeln, beziehungsweise zwischen Arbeitsgebern und Arbeitsnehmern zu vermitteln. Es wird dadurch angestrebt, einerseits den Arbeitsnehmer unabhängiger zu stellen, weil er in Zukunft nicht mehr eines jener Vermittlungsbureaux bedarf, welche sich heute mit der Vermittlung der Arbeit befassen und andererseits auch den Arbeitsgebern entsprechende Kräfte zu jeder Zeit und in gehöriger Anzahl zuzuweisen.

Die Thätigkeit dieses Vereines und seine socialpolitische Wirksamkeit, wenn Sie diesen Ausdruck wollen, ist so bekannt, dass ich glaube, in der Richtung, so lange eine Debatte über den Gegenstand sich nicht entwickelt, mich kurz fassen und Ihnen den Antrag des Stadtrathes zur Genehmigung empfehlen zu können, welcher dahin geht: Es sei dem gedachten Vereine pro 1891, 1892 und 1893 — ich bemerke, dass hier 1891 ganz richtig ist, weil der Betrag pro 1891 noch nicht erledigt ist — eine Subvention von je 100 fl. mit dem Vorbehalte zu bewilligen, dass diese Subvention in den Jahren 1892 und 1893 widerrufen werden kann, wenn sich in den Verhältnissen oder in der Gebarung des Vereines eine hiezu Veranlassung bietende Veränderung ergeben sollte. Der Verein habe alljährlich der Gemeinde seinen Rechenschafts- und Gebarungsbericht vorzulegen. Für die Subvention pro 1891 sei der erforderliche Zuschusscredit zu bewilligen, die Subventionsbeträge pro 1892 und 1893 seien budgetmäßig sicherzustellen.

Ich habe in der Richtung zu bemerken, dass bei diesem Antrage auf drei Jahre, hier also ein Jahr nachhinein und zwei Jahre vorhinein, der Stadtrath von der Erwägung ausgegangen ist, dass der Gemeinderath ja in der Regel, wenn die Verhältnisse des Vereines, die Gebarungsweise und die Thätigkeit desselben sich nicht ändern, die Subvention erneuert.

Es erschien daher dem Stadtrathe, dass es für das geehrte Plenum, den Magistrat und den betreffenden Vereinen, welche in solchen Fällen eine Menge Beilagen beibringen müssten, eine Arbeitsvereinfachung und Erleichterung sei, wenn diese Subvention nicht auf ein sondern auf drei Jahre bewilligt wird. Der Stadtrath musste sich aber dabei sagen, dass es unter allen Umständen wünschenswert sei, solche Cauteln zu schaffen, dass, wenn der Gemeinderath es für zweckmäßig erachtet, eine Subvention auch widerrufen werden kann falls ein solcher Verein sich auflöst, oder eine andere Tendenz einschlägt ꝛc., und für einen solchen Fall ist nach Anschauung des Stadtrathes auch gesorgt, dass von dem Vereine alljährlich Ausweise dem Stadtrathe vorgelegt werden müssen, und der Gemeinderath sich vorbehält, je nach der Lage der Dinge die Subvention zu widerrufen.

Ich bitte das Plenum, welches ja mit Arbeiten überhäuft ist, die Subvention auf drei Jahre zu genehmigen, wodurch eine Arbeitserleichterung bewirkt wird, welche dem Interesse der Gemeinde nicht schadet und das Interesse des Stadtrathes, Gemeinderathes und Vereines zu fördern geeignet ist.

Gem.-Rath Herrdegen: Ich möchte sie bitten, dieser Frage einige Aufmerksamkeit zuzuwenden. Der Antrag des Stadtrathes, der hier vorliegt, ist, ich glaube, nicht gleich zu halten mit jenen anderen Anträgen, welche heute zum Zwecke der Subventionierung von Vereinen gestellt wurden. Wir haben es hier mit einem Vereine zu thun, der thatsächlich eine sociale Arbeit verrichtet, ein Verein, der sich nicht auf dem Gebiete der Humanität bewegt, sondern ein Verein, der in einer bestimmten Richtung productiv wirkt, der präventiv wirkt dadurch, dass er durch eine rationell organisierte Arbeitsvermittlung der Verarmung entgegen wirkt. (Rufe: politisch!) Politisch ist dieser Verein absolut nicht; ich habe ihn genau studiert; das Wort politisch würde sich höchstens darauf beziehen, dass der Reichsraths-Abgeordnete Dr. Plener auch Mitglied ist. Meine Herren! Ich finde in der Mitgliederliste Namen von Persönlichkeiten von jeder Richtung, von Plener angefangen bis zu den Antisemiten, wenn Sie wollen, oder Socialdemokraten.

Der Verein hat also in dieser Beziehung vollständige Anerkennung gefunden. Ich möchte nur auf den Zuruf, der von drüben (links) gefallen ist, dass es ein politischer Verein ist, dass der Reichsraths-Abgeordnete Plener demselben als Vicepräsident angehört, dass dieser ein Mitbegründer des Vereines ist, bemerken, dass Plener allerdings eine politische Persönlichkeit ist. Bei uns hier steht diese politische Persönlichkeit in sehr gutem Rufe und dieser gute Ruf hat noch eine Steigerung erfahren durch die Erfahrung, die wir in den letzten Tagen gemacht haben. (Beifall rechts, Rufe links: Politik!) Ich habe nicht angefangen von Politik zu sprechen, jetzt gehört es aber zur Sache.

Ich möchte aber noch auf einen anderen Umstand hinweisen, und das, was ich jetzt sagen will, gilt für die Herren von der linken Seite. Unter anderen haben sich im Jahre 1891 der Vermittlung dieses Vereines 1830 Tischler bedient. Nun, meine Herren, ich schwätze wohl nicht aus Ihrer Schule, wenn ich sage, dass nahezu alle Tischler Ihrer Parteirichtung angehören. Das werden Sie gewiss zugeben. Dass sich nun eine so große Anzahl von Personen dieser Arbeitsvermittlung bedient, ist wohl ein Beweis dafür, dass dieser Verein außerordentlich ersprießlich wirkt.

Nun, meine Herren, gestatten Sie mir, noch etwas anderes hinzuzufügen. Es gibt ja eine genossenschaftliche Arbeitsvermittlung, wird mir vielleicht eingewendet werden. Meine Herren! Es sind ja viele unter Ihnen, die das besser wissen als ich; das weiß aber auch ich, dass mit Ausnahme einiger Genossenschaften die Arbeits-

vermittlung bei den Berufsgenossenschaften unter jeder Kritik nachlässig betrieben wird, ja, dass sie eigentlich nur auf dem Papiere steht. De facto besteht sie eigentlich gar nicht. Einige Genossenschaften mögen ja ausgenommen sein. (Sehr richtig! rechts.) Ich möchte den Herren Vorstehern der Genossenschaften empfehlen, sich dort die Arbeitsvermittlung anzusehen. Dort ist eine musterhafte Organisation, eine Ordnung, wie man sie nicht bald irgendwo bei einem anderen Vereine, bei einer anderen Institution trifft.

Nun, meine Herren, aus dem Rechenschaftsberichte sehen Sie, dass die Arbeitsvermittlung im Jahre 1891 im ganzen 10.749 Fälle betroffen hat. Dieser Verein hat auch in Brünn eine Filiale errichtet und die Commune hat, ohne dass der Verein eingeschritten ist, ihm sofort eine Subvention, wenn auch in geringerem Betrage, als hier vorgeschlagen wird, gegeben. Meine Herren! Wir sind ja naturgemäß so oft gezwungen, uns in gewissen Fragen aus anderen Großstädten Muster zu holen. Ich erlaube mir, Sie nur darauf aufmerksam zu machen, dass in Paris die Arbeiterbörse, welche ähnlich dieser Einrichtung besteht, aber natürlich in viel größerem und auf alle Arbeitszweige ausgedehntem Maße, von der Commune mit 20.000 Francs per Jahr subventioniert wird (Hört! rechts) und dass diese für die Einrichtung circa 100.000 Francs aufgewendet hat. In der Pariser Commune sind, wie Sie mir zugeben werden, die unteren Schichten der Bevölkerung mehr vertreten, als hier in diesem Saale.

Ich glaube also, dass es wirklich nur auf ein Versehen zurückgeführt werden kann, wenn der Stadtrath diesem Vereine nur 100 fl. als Subvention auszusetzen beantragt hat. Wir haben ja heute — es ist gerade so ein unglücklicher Tag, wo sehr viel über Subventionen berathen werden muss — Vereinen Subventionen zugewendet, welche einen ganz beschränkten Wirkungskreis auf humanitärem Gebiete haben. Hier haben wir es mit einem Vereine zu thun, der eine Institution geschaffen hat, welche in anderen Städten längst von der Commune selbst geschaffen ist. Ich erinnere Sie an die Arbeitsnachweis-Bureaux in der Schweiz, Zürich, Bern und St. Gallen. Wenn Sie nun bei der großen Leistung, die aus dem Rechenschaftsberichte hervorgeht, den Zweck dieses Vereines als einen nützlichen, als einen ersprießlichen erkannt haben (denn seine Thätigkeit ist eine sehr weitgehende), dann werden Sie mir gestatten, wenn ich mir erlaube, und ich gestehe ganz offen, dass ich nur mit Rücksicht auf die Finanzfrage, welche wir uns ja in jeder Angelegenheit vor Augen halten müssen, in meiner Antragstellung bescheiden bin, zu beantragen, dass statt 100 fl., 500 fl. als Subvention gewährt werden.

Ich bitte Sie, meine Herren — und ich möchte diese Bitte speciell an die linke Seite des Saales richten — diesem Antrage ihre Zustimmung zu geben. Es ist ein Antrag, welcher Bevölkerungsschichten im Auge hat, die Ihnen sympathisch sein müssen, es ist ein Antrag, der sich nicht allein bezieht auf die Arbeiter, sondern in demselben Maße auch auf die Arbeitgeber, Handwerksmeister u. s. w. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Schneeweiß: Ich erlaube mir die Anfrage an den Herrn Referenten — ich habe es entweder überhört oder es wurde nicht gesagt — vermittelt der Verein die Stellen unentgeltlich oder müssen die Competenten dafür zahlen?

Referent Gem.-Rath Noske: Der Verein vermittelt unentgeltlich. Er hat nach den Statuten den Zweck (liest) „durch Errichtung eines Arbeitsvermittlungs-Bureaus, vorzugsweise für Arbeiter und Arbeiterinnen in Fabriken und bei jenen Gewerben, welche keiner Genossenschaft angehören oder deren Genossenschaft nicht in der Lage ist, ihrer Aufgabe, der Arbeitsvermittlung in ausreichender Weise nachzukommen u. s. w. (Rufe: 10 kr.!) §. 10. Jeder Arbeiter, ohne Unterschied des Geschlechtes, welcher für den Fall der Vermittlung eine Gebür von 10 kr. entrichtet" — also ich muss meine frühere Bemerkung berichtigen — „hat auf die Dauer von zwei Monaten Anspruch auf die Benützung des Arbeitsvermittlungs-Bureau des Vereines. Eine Rückvergütung dieser Gebür findet nicht statt. Ordentliche Mitglieder des Vereines haben keine Vermittlungsgebür zu entrichten. Bei Arbeitseinstellungen enthält sich der Verein jeder Intervention". So lauten die bezüglichen Bestimmungen der Statuten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht Herr Gem.-Rath Schneeweiß fortzufahren?

Gem.-Rath Schneeweiß: Nein.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Meine Herren! Ich möchte den Antrag meines geehrten Collegen Herrdegen unterstützen und zwar wesentlich aus folgendem Grunde. Die Vermittlung durch Genossenschaften, sofern die Genossenschaften ihre Pflicht erfüllen, was ja hoffentlich bei den meisten der Fall sein wird, geschieht nur direct für gelernte Arbeiter. Die Arbeiter aber, welche bloß von ihrer Hände Arbeit leben, haben die Nothwendigkeit, von Fabriksthor zu Fabriksthor zu gehen und ihrer Hände Arbeit anzubieten. Es ist dies förmlich ein Handel mit Menschenarbeit, der für diejenigen entwürdigend ist, die genöthigt sind, ihn zu betreiben und sich damit ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Diese Aufgabe, den nicht gelernten Arbeitern Stellen zu verschaffen, ist eine der wichtigsten, welche von dieser Art von Instituten erfüllt werden kann, und es ist dies eigentlich eine Aufgabe, welche der Staat und welche auch die Stadt erfüllen muss. Ich bin auch fest überzeugt, dass es einmal dahin kommen wird, diesen Verein, um mich so auszudrücken, zu communalisieren, wenn er weiter den Aufschwung nimmt, den er jetzt nimmt. Es ist naturgemäß, dass sich zuerst Corporationen, freiwillige Associationen mit den Aufgaben befassen, welche in letzter Linie doch von der Allgemeinheit erfüllt werden müssen. Sie sind die Bahnbrecher, sie schmiegen sich den Verhältnissen an, sie treten individualisierend ein. Die freiwillige Thätigkeit ist imstande, die Lücken auszufüllen, welche der Staat später ausfüllen muss, indem er sodann ihre Stelle einnimmt. Wir werden uns später der Arbeitsvermittlung annehmen müssen und insbesondere auch annehmen müssen der Dienstvermittlung für weibliche Hilfskräfte (Beifall rechts), welche in der fürchterlichsten Weise ausgebeutet werden und die wir von Zeit zu Zeit sehen Opfer großer Verbrecher zu werden. Und deswegen, weil dies eigentlich die Aufgabe der Stadt Wien ist, eine Aufgabe, welche in Paris, St. Gallen, Bern, in Basel vom Staate und von der Stadtgemeinde erfüllt wird, und weil wir diese Aufgabe in Zukunft in höherem Grade werden erfüllen müssen, müssen wir dem Vereine mit einer etwas größeren Subvention unter die Arme greifen. Ich trete demnach auf das wärmste für den Antrag Herrdegen ein. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Gregorig: Mein geehrter Herr College Hawranek hat schon das letztemal erwähnt, dass die geehrten Herren von der anderen (rechten) Seite dasselbe immer wiederholen. Wir haben auch heute beinahe dieselbe Rede wieder hören müssen. Ich will nicht dem ersten Herrn Redner widersprechen, der die Nützlichkeit des Vereins in ein so rosiges Licht gestellt hat. Es ist richtig, der Verein vermittelt Arbeiten, es ist dies für gewisse

Herren eine große Wohlthat, aber doch nicht für die Gewerbetreibenden. Sagen Sie mir einen Tischlermeister, einen Schlossermeister oder einen Schmiedemeister, der einen Arbeiter aus dem Verein bekommt. Dieser Verein hat nur den Zweck, für die großen Fabrikanten die Arbeiter heranzuziehen, für sie die Arbeiter zu vermitteln; einzelne Gewerbetreibende mögen ja auch dort Arbeiter bekommen, das ist richtig, das sind aber nur einzelne Trabanten und Diener der Fabrikanten, das sind diese gewissen Herren, die bei Ihnen mitlaufen. Aber im großen und ganzen ist der Verein nur für die Fabrikanten geeignet, und deswegen kann ich für eine Subvention überhaupt nicht stimmen.

Der geehrte Herr Vorredner hat aber meinen Zwischenruf, dass ich nämlich gemeint habe, der Verein treibe Politik, lächerlich gefunden. Das ist nicht so. Wer ist denn im Vereine? Plener, Exner, Menger — und auf der anderen Seite haben Sie die Führer der Socialisten. Also die Herren, die öffentlich sich bekämpfen, sind da Freunde. Wir wissen es ohnehin, aber ich will das nur wieder hervorheben. Unter diesen großen Führern der Liberalen war einer, der erst kürzlich wieder gesagt hat: die Gewerbetreibenden sollen überhaupt aufhören, die haben gar keine Existenzberechtigung mehr. Meine Herren! Für diese Leute sollen wir, soll die Stadt Wien — für diese reichen Leute sollen die Armen zahlen, damit sie eine Subvention für ihre Arbeitsvermittlung haben. Sie sollen sich schämen, diese reichen Herren, die sollen ihren Wahlfond hergeben. Die Herren, die dort sind, zahlen am meisten zum Wahlfonde; aber hier wird die Stadt Wien von den großen Herren, welche Dotationen und Stellen abgelehnt haben — in welcher Weise, davon will ich nichts erwähnen — um eine Subvention von 100 fl. angebettelt. Was die Arbeitervermittlung für die Genossenschaften anbelangt, so ist sie ja gesetzlich den Genossenschaften aufgetragen. Diese müssen sie durchführen, und wenn sie es nicht in Ordnung machen, so mögen die Mitglieder sich wehren und den Vorsteher zwingen. Aber die Art, wie es geschildert wird, dass gar nichts geschieht, ist unrichtig und entstellt; und dagegen muß ich mich wenden. Entschieden spreche ich mich dagegen aus, dass wir für die Arbeitsvermittlung und politischen Nebenzwecke der großen Fabrikanten auch noch ein paar Hundert Gulden geben. Ich stimme gegen jede Subvention. (Bravo! links.)

Gem.-Rath Djörup: Dass der Verein nur für Fabrikanten wirkt, das ist ein großer Irrthum des Vorredners, das ist ja nicht möglich. Der Arbeitsvermittlungsverein ist zu Gunsten der Arbeiter geschaffen worden, der Arbeitnehmer, weniger zu Gunsten der Arbeitgeber. (Gem.-Rath Gregorig: Nur für die Arbeitgeber!) Aber bei dem minimalen Betrag, der hier zu zahlen ist, kann ich nur sagen, dass der Verein etwas Ersprießlicheres leisten würde, wenn er unter den Arbeitern mehr bekannt wäre. Unser Geschäft z. B. ist ein Saisongeschäft, in einer gewissen Zeit des Jahres wird mehr gebaut, in einer andern weniger. Es kommt z. B. heute ein Baumeister und schließt mit mir ab, und ich kriege für zwei, drei Häuser die Zimmermannsarbeit. Da brauche ich nun Arbeiter, aber ich gehe nicht zur Genossenschaft, denn ich bekomme dort gar keine Gesellen. Ich muss zum Herbergsvater im Wirtshaus bei der Franz Josefsbahn gehen. (Unterbrechungen seitens des Gem.-Rathes Gregorig.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte, Herr Redner, einen Moment! Ich muss den Herrn Gem.-Rath Gregorig im Interesse einer ordnungsmäßigen Behandlung der Gegenstände ersuchen, mit dem Dreinschreien endlich aufzuhören. (Beifall links.) Es ist dies ganz gegen die Würde der Versammlung; es ist auch nicht abzusehen, was damit bezweckt werden soll; wenn der Herr Gemeinderath eine Bemerkung zu machen hat, möge er sich zum Worte melden und seinem gepressten Herzen Luft machen; aber immerfort jeden Redner unterbrechen, das ist nicht in der Ordnung. (Gem.-Rath Gregorig: Ich bitte das auch den Anderen zu sagen, die mich immer unterbrechen!) Ich bitte fortzufahren.

Gem.-Rath Djörup (fortfahrend): Meine Herren, unsere böhmischen Handwerksgesellen fahren in der Regel im Herbste nach Hause, im Frühjahre kommen sie mit der Franz Josefsbahn wieder zurück. Da sitzen nun die Wirte von den verschiedenen Genossenschaften draußen und fangen die verschiedenen böhmischen Arbeiter auf. Der Gastwirt, der Herbergsvater, lässt sich noch einen Gulden dafür zahlen, dass er mir einen Gesellen zubringt; wenn ich zehn Arbeiter brauche, muss ich ihm 10 fl., und wenn ich fünfzehn brauche, muss ich ihm 15 fl. zahlen. Zu Ostern, wenn die Arbeiter ankommen, kriege ich die, die ich brauche.

Was hingegen diese Arbeitsvermittlungsanstalt anbelangt, so sage ich nur, dass es erwünscht wäre, wenn den Arbeitern in der geeignetsten Art publiciert würde, dass sie durch diesen Verein Arbeit bekommen können. Und da ist der Betrag, den der Herr Vorredner zur Unterstützung und Publicierung dieses wohlthätigen Zweckes beantragt hat, ich möchte sagen, noch zu klein. (Gelächter links.) Das ist meine Ansicht; ich bin selbst Handwerker und halte an dieser Ansicht fest.

Gem.-Rath Herrdegen: Ich war darauf gefasst, dass irgend ein großer Sparmeister aufstehen und gegen meinen Antrag sprechen werde. Nicht gefasst war ich aber darauf, dass ein Herr sich dagegen aussprechen werde, der ja auf gewerblichem Gebiete außerordentlich viele Erfahrung hat, dem gegenüber ich selbstverständlich als Stümper dastehe. Trotzdem erlaube ich mir zu constatieren, dass das, was ich gesagt habe, vollständig richtig ist. Die Arbeitsvermittlung bei den Berufsgenossenschaften ist — es mag gewiss einige Ausnahmen geben, bei einigen Genossenschaften mag sie gut sein — im allgemeinen nur auf dem Papier. Ich möchte den Herrn Collegen von der linken Seite fragen, ob er nichts von der Institution der sogenannten Zuschickmeister gehört hat — eine Institution, welche nur deshalb eingeführt wurde, weil die Genossenschaften die Arbeitsvermittlung nicht so vollführen, wie sie sollten. In der Tischlerherberge ꝛc. sind alte, abgekrachte Meister — oder vielleicht sind sie gar nicht Meister — die sich mit der Dienstvermittlung befassen, die fangen, wie der Herr Collega erwähnt hat, die bei der Linie Hereingekommenen auf und wissen sie mit allen Mitteln herumzukriegen, um sie vielleicht noch des letzten Sparpfennigs zu berauben.

Dies ist eine Institution, welche, wenn man das Wort gebrauchen darf, gewiss eine Schande ist. Das Gewerbegesetz, und dafür sind doch hauptsächlich Sie eingetreten, ist einfach nach dieser Richtung nicht durchgeführt.

Ich muss es auch bemerken, dass dieser Verein ursprünglich gar nicht die Absicht hatte, die Arbeitsvermittlung auch für jene Branchen zu besorgen, welche dem Gewerbegesetz unterstehen, sondern seine Thätigkeit eigentlich nur für die Fabriksarbeiter geltend machen wollte. Dadurch aber, dass die Genossenschaften ihre Aufgabe in dieser Beziehung nicht erfüllen, war der Verein gezwungen, seine Thätigkeit auch dahin auszudehnen.

Ich habe hier einen Bericht, aus dem ich nur nicht alles herunterlesen will, aber da steht z. B., bei den Tischlern, ich habe sie schon erwähnt, sind 1830 Fälle vermittelt worden.

Ich weiß nicht, ob es Großindustrie für Spengler gibt, dort ist z. B. in 303, bei den Schlossern in 1098 Fällen vermittelt worden, also auf alle diese Branchen hat sich die Arbeitsvermittlung ausgedehnt; das sind doch Momente, die eine Würdigung verdienen, und wenn man angeführt hat, was andere Gemeindeverwaltungen thun, so ist doch klar, dass man hier nicht eine Subvention von 100 fl. geben soll, sondern einen Betrag, der wirklich der ernsten Aufgabe entspricht, welche der Verein zu vollziehen sich bemüht. (Beifall.)

Gem.-Rath Dr. Vogler (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluss der Debatte. — Einverstanden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zum Worte sind noch gemeldet die Herren Gem.-Räthe Weitmann, Silberer, Gräf, Hawranek, Gregorig, Dr. Friedjung, Dr. Lueger, Steiner und Pursch t. (Unruhe.)

Gem.-Rath Karl Moriz Mayer (zur Geschäftsordnung): Ich möchte die Wahl von Generalrednern beantragen. (Unruhe links; ein Ruf links: Wortabschneider!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist die Wahl von Generalrednern beantragt; die Herren, die dafür sind, wollen die Hand erheben. — Einverstanden.

Pro sind gemeldet die Herren Gem.-Räthe Silberer, Gräf, Gregorig und Dr. Friedjung; contra die Herren Gem.-Räthe Weitmann, Hawranek, Dr. Lueger, Steiner und Pursch t. Ich bitte, die Generalredner zu wählen.

(Nach einer Pause): Zu Generalrednern sind gewählt, contra Herr Gem.-Rath Dr. Lueger, pro Herr Gem.-Rath Gregorig. (Heiterkeit.)

Gem.-Rath Gregorig: Sehr geehrte Versammlung! Obwohl schon lange öffentliche Körperschaften existieren, ist vielleicht noch nie eine derartige Wahl zu Stande gekommen, wie sie im Augenblicke geschehen ist. Ich möchte das auch kommenden Geschlechtern zur Nachahmung empfehlen, es möchte weniger Streit geschaffen werden. Um nun ernst zur Sache zurückzukommen, muss ich bemerken, dass ich bereits früher erklärt habe, dass ich gegen jede Subvention stimmen werde. Aber wenn ich von zwei Übeln zu wählen habe, wähle ich lieber das kleinere. Man muss deshalb für die Anträge des Herrn Referenten sprechen. Ein Herr Redner von drüben (rechts) aus dem II. Bezirke hat erklärt, dass die Arbeiter, welche hereinkommen, von den Vertretern der Genossenschaften abgefangen werden, da muss sich der geehrte Herr Redner eben nur in seiner Genossenschaft und in einer solchen Genossenschaft umgesehen haben, welche möglicherweise liberale Vertreter hat. Dort können solche Zustände existieren, aber in anderen Genossenschaften kommt das nicht vor, auch bei den Gastwirten nicht. Das gilt dem geehrten Gemeinderathe von der anderen Seite, welcher lacht. Dass die Leute dort abgefangen werden, ist ein Zustand, welcher entschieden nicht in Ordnung und auch im Gesetze verpönt ist.

Nach dem Gesetze soll jede Genossenschaft eine Arbeitsvermittlung haben, wenn sie eine solche nicht hat, soll man sich an die Genossenschaftsbehörde wenden und sie wird dann gezwungen werden, eine Arbeitsvermittlung einzurichten. Aber der geehrte Herr Redner gehört nicht zum Kleingewerbe, er ist ein Großindustrieller und hat daher Nutzen von dem Vereine, also ist er nicht unparteiisch, wenn er für den Verein spricht, aber im großen und ganzen hat das Gewerbe vom Vereine wenig. (Rufe links: Gar nichts!) Ein Herr hat von den „Zuschickmeistern" gesprochen; solche existieren heute gar nicht mehr. Wenn sie existieren, haben Sie nur Winkelanstalten. Wir haben ja auch eine Menge Winkeldienstvermittlungs-Bureaux, das sind Parasiten, die ausgemerzt werden sollen. Auch hat der Herr Redner davon gesprochen, nach seiner Ansicht seien Spengler und Schlosser kein Großgewerbe. Wir haben viele Spengler- und Tischlergewerbe, die im großen betrieben werden, die ziehen aus dem Vereine Arbeiter, und es heißt, der Verein liefert dem Gewerbetreibenden Arbeiter. Das ist unrichtig.

Aber ein eigenthümliches Zugeständnis hat ein Herr mir gegenüber gemacht, er hat ein großes Wort gelassen ausgesprochen, dass der Zweck dieses Vereines der ist, nicht gelernten Arbeitern Arbeit zu verschaffen. Wie schauen die nicht gelernten Arbeiter in einem Gewerbe aus? Das sind diejenigen, gegen die ich und meine Genossen, so lange wir uns rühren können, Stellung nehmen. Unter den Weißgärbern haben einige Gewerbetreibende die Arbeiter entlassen und Taglöhner bestellt. Allerdings waren es keine Weißgärber, sondern Juden. In Brauereien hat man Brauer entlassen und für sie Taglöhner hingestellt. Ich weiß, dass in Liesing ein Arbeiter sich so weit vergessen hat, den Braumeister mit der Schaufel niederzuschlagen. So ist es in allen Gewerben, man ist bestrebt, den wirklichen Arbeiter wegzugeben und ihn durch Taglöhner zu ersetzen.

Ich bin daher versucht zu bitten, dass Sie keine Subvention geben. (Heiterkeit.)

Ja, ganz gewiss; ich bin versucht dazu, weil es die größte Schädigung aller Arbeiter ist, welche Schutz bedürfen, wenn ihnen durch Taglöhner Concurrenz gemacht wird. Das geschieht nach dem Zugeständnis des Redners, der vielleicht selbst auch Mitglied des Vereines ist. Ich muss Sie bitten, wenn Sie eine Subvention gewähren, so gewähren Sie die vom Referenten beantragte.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Wenn ich mich zum Worte gemeldet habe, so ist es zu dem Zwecke geschehen, um einem Vorredner, welcher, wie er selbst erwähnt hat, als Ausschuss einer Genossenschaft angehört, entgegenzutreten. Wenn das richtig ist, was Gem.-Rath Djörup uns hier erzählt hat, wenn das richtig ist, dass er genöthigt ist, sich seine Arbeiter um Geld beim Wirt zu verschaffen und wenn er gleichzeitig Mitglied seiner Genossenschaft ist, dann muss ich sagen, verdient der Herr Gemeinderath nichts anderes, als aus dieser Genossenschaft als Vertreter ausgeschlossen zu werden (Rufe: Richtig!), weil er der ihm nach dem Gesetze obliegenden Pflicht nicht genügt. Eine Genossenschafts-Vertretung aber, in welcher solche Zustände einreißen, verdient nichts anderes, als dass sie davongejagt werde. (Zustimmung links.) Ich appelliere an alle Geschäftsleute, welche drüben (Rechte) sitzen, und Mitglieder der Genossenschafts-Vertretung sind, ich appelliere an die Collegen Tagleicht, Gfrorner und an jene Collegen — ich weiss deren Namen nicht — welche der Genossenschaft der Wirte angehören, ob sie, wenn ihnen solche Zustände in der Genossenschaft bekannt werden, sich nicht verpflichtet erachten würden, auf Abstellung dieser Missstände zu dringen.

Freilich, wenn Mitglieder des Ausschusses selbst solche Dinge machen, dann ist es natürlich selbstverständlich, dass solche Dinge existieren und fortwuchern. Dass aber hier ein Gemeinderath es wagt, durch Anführung solcher ungesetzlicher Zustände, an denen er selbst Schuld ist, durch Nichterfüllung seiner Pflichten, für einen

solchen Verein zu plaidiren, das ist stark, das ist sehr stark, da muss wirklich etwas faul im Staate Dänemark sein. (Lebhafter Beifall.) Ja, dann ist es leicht über Antisemiten zu schimpfen, aber selber besser machen und solche Zustände ändern, wie sie der Vorredner angeführt hat, das ist etwas schwieriger, dazu gehört Pflichtbewusstsein, und dieses Pflichtbewusstsein muss gerade die Mitglieder der Vertretungen der Genossenschaft erfüllen, wenn sie den Zwecken gerecht werden sollen, welche ihnen das Gesetz auferlegt. Übrigens ist es nicht so arg, wie es der Vorredner darstellt. Die Genossenschafts-Vertretung, welche ihre Pflicht kennt und erfüllt, legt auch auf die Arbeitsvermittlung großen Wert. Es waren z. B. bei der Wirte-Genossenschaft früher Zustände, die geradezu arg genannt werden konnten, und die Vertreter der Genossenschaft der Gastwirte sind keine Antiliberalen — — — — — — — — — — — — — — — — — —. Darauf haben sie jedoch gesehen, dass ihre Stellenvermittlung in ordentliche Hände gelegt und ordentlich durchgeführt wird. Ich anerkenne es als Verdienst der Genossenschafts-Vertretung, ebenso wie ich es bei jeder anderen Vertretung thue, die ihre Pflicht erfüllt. Nur bedauere ich recht sehr, dass gerade bei diesem Vereine ein Antrag gestellt ist auf Erhöhung der Subvention. Der Verein besteht nur zu Gunsten der großen Fabrikanten. Ich kenne die Verhältnisse sehr genau, der Herr College, mit dem ich sonst sehr häufig übereinstimme, möge verzeihen, aber die Verhältnisse kennt er nicht. Ich weiß, dass dieser Verein von Fabrikanten geradezu ins Leben gerufen worden ist, damit die Fabrikanten von der Vermittlung, welche die Genossenschaft betreibt, unabhängig sind. Bloß zu dem Zwecke, um den Genossenschaften ihre Mitglieder, möchte ich beinahe sagen, abzufangen, um aus alten Gesellen diese neuen Fabriksarbeiter zu machen, ist der Verein ins Leben gerufen worden.

Und wer weiter die Verhältnisse kennt, wer weiß, dass die ganze Arbeitsvermittlung beim Vereine eigentlich in zweiter Linie steht, dass es sich bei diesem Vereine um ganz andere Dinge handelt; wer, wie ich, weiß, was in diesem Vereine vorgeht, wer, wie ich, weiß, dass dieser Verein bloß zu dem Zwecke existiert, um die Verbindung zwischen einer politischen Partei, nämlich der socialdemokratischen und der anderen Partei aufrecht zu erhalten, um die Geschichte nach außen zu verhüllen; wer die Dinge so genau kennt, wer sogar weiß, welche Personen dabei eine Rolle spielen, und dass Dr. von Plener, dessen Ehrenhaftigkeit ich immer anerkenne, auch hier, wie in so vielen anderen Fällen, nur ein Schirm ist, hinter dem andere Leute agieren; wer das alles so genau weiß, der, meine Herren, muss sagen: Es ist merkwürdig, dass der Verein es wagt, an die Gemeindevertretung um eine Subvention heranzutreten. Jeder, der halbwegs etwas vom Fabrikswesen versteht, der halbwegs etwas von politischen Verhältnissen versteht, weiß, warum dieser Verein gegründet worden ist; wer die Personen kennt, aus denen die Leitung des Vereines besteht, weiß, wie die Leitung geschickt zusammengesetzt ist, aus sogenannten gemäßigten, radicalen, ja sogar anarchistischen Elementen. (Oho-Rufe rechts. — So ist es! links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte doch den Herrn Redner ausreden zu lassen! (Rufe links: Das wollen sie nicht!)

Gem.-Rath Dr. Lueger (fortfahrend): Ich weiß dies aus Processen, und ich weiß es genau, und niemand wird es mir bestreiten können. Wer die Verhältnisse so genau kennt, wie ich, muss sagen, es nimmt ihn Wunder, dass die Betreffenden an die Stadt Wien um Subvention herantreten.

Meine Herren! Die politischen Geschäfte mögen sich die Herren selbst bezahlen. (Ganz richtig! links.) Dazu sind die Steuergelder nicht vorhanden. Aber aufrichtig sage ich, dass ich wegen der 100 fl. nicht gesprochen hätte, weil man wegen 100 fl. derlei Dinge nicht an die große Glocke hängt, weil man sie ruhig vorübergehen lassen könnte, ob die Sache nun so oder so ist. Aber wenn die Sache nun so dargestellt wird, als ob dieser Verein die Pflichten erfüllen würde, welche eigentlich nach dem Gesetze den Berufsgenossenschaften obliegen, wenn die Sache so dargestellt und dieser Verein als eine Nothwendigkeit hingestellt wird, so muss mit aller Entschiedenheit gegen eine solche gewiss nicht beabsichtigte, aber wahrhafte Verdrehung der Thatsachen aufgetreten, es muss die Wahrheit gesagt werden und darum werde ich gegen jede Subvention dieses Vereines stimmen und werde dieses Votum vor jeder Wählerschaft, ja selbst vor einer socialdemokratischen Versammlung zu rechtfertigen wissen. (Lebhafter Beifall links.)

Referent Gem.-Rath Noske (zum Schlusswort): Die Angelegenheit selbst ist keine so wichtige, als sie jetzt dargestellt wird. Die Frage liegt — und ich habe mich nicht darauf einzulassen, wie einer der Herren Collegen sich seine Arbeiter verschafft oder nicht, das ist ein Gebiet, das ich als Referent nicht zu betreten habe — die Frage liegt einfach so: Ist der Verein einer Subvention in erhöhtem Maße würdig oder nicht? Dafür sprechen die Ziffern und die Ausweise des Vereines und auf dieses Gebiet möchte ich die Aufmerksamkeit der geehrten Versammlung zurücklenken. Aus diesen Ausweisen geht erstens einmal hervor, dass doch auch eine Anzahl von Arbeitern, wo die Natur des Betriebes schon sagt, dass es nicht bloß Fabriksarbeiter sein können, sich um die Vermittlung des Vereines beworben hat. Es gibt keine Anstreicher- und Bildhauerfabriken. (Rufe links: O ja!) Es ist zwar von einem Redner, welcher darauf hingewiesen hat, behauptet worden, dass die 906 Schlosser, die 470 Spengler und die 1395 Tischler und Parquettenmacher Fabriksarbeiter sind, aber bewiesen ist es nicht worden. Ich bin in der Lage zu beweisen, dass dies nicht der Fall sein kann, und zwar aus folgenden Stellen des Berichtes. In dem Berichte wird darüber Klage geführt, dass, während der Verein einerseits die Aufgabe hat, für die Arbeiter und Arbeiterinnen zu wirken und anderseits bei jenen Gewerben, welche keiner Genossenschaft angehören, oder deren Genossenschaft nicht in der Lage ist, die Arbeitsvermittlung in entsprechender Weise zu besorgen, helfend einzutreten, gerade die Großindustriellen dem Vereine nicht die nöthige Unterstützung zukommen lassen, ihm nicht die nöthige Förderung entgegenbringen, nicht seiner Mitgliederzahl so beitreten, wie es der Verein wünscht. Wo steht also die Behauptung der Herren, dass der Verein nur für die Großindustriellen da ist? Hier liest man so: „Um für das Wirken des Vereines die Beachtung eines größeren Kreises von Industriellen zu erzielen und um dem Vereine die zur Durchführung seiner Aufgabe erforderlichen Mittel, sowie neue Mitglieder zuzuführen, hielt im Laufe des Berichtsjahres Herr Dr. Victor Mataja in einer Plenarversammlung des n.-ö. Gewerbevereines einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die Bedeutung der Arbeitsvermittlung. Die sich anschließende Debatte ergab in der Folge das günstige Resultat, dass ein aus den Herren J. Fluß, E. v. Neumann, Ludwig Stroß, Jos. Salcher jun., Rob. Nissek, Ad. Weiß und Ign. Zucker bestehendes Comité eingesetzt wurde, welches Mittel und Wege zu berathen hat, um unserem Vereine eine größere Anzahl neuer Mitglieder aus dem Stande der Arbeitgeber zuzuführen."

Da wird dem Vereine gegenüber, der sich bemühen muss, die Großindustriellen heranzuziehen, damit er den Arbeitern, die zu ihm um Stellen kommen, unterstützend zur Seite stehe, vorgeworfen, er sei von Großindustriellen gegründet worden, er sei für diese da, und deshalb dürfe man ihn nicht unterstützen; nebstbei bemerkt, auch ein vollkommen unrichtiger Standpunkt. Dass der Verein nicht für die Großindustrie da ist, und die Arbeiter mehr Geschmack an dem Vereine finden mögen, als die Angehörigen jener (linken) Seite, geht aus dem Umstande hervor, dass, während im Jahre 1885 1616 Personen die Vermittlung des Vereines in Anspruch genommen haben, im Jahre 1890 8132 Personen diese Vermittlung in Anspruch nahmen, also in 6 Jahren eine Steigerung von 6000 Personen stattgefunden hat. Es muss also doch sein, dass die Arbeiter Geschmack daran finden, wenn sie aus den Händen der Vermittler, aus der Nothwendigkeit, sich selbst um Arbeit Thür für Thür umschauen zu müssen, herausgenommen werden, und wenn ihnen durch den Verein eine Vermittlung in anständiger, billiger Form geboten wird.

Dass das durch den Verein in vorzüglicher Weise besorgt wird, geht aus dem Umstande hervor, dass er in Wiener-Neustadt und in Brünn, also in großen Fabriksorten, Filialen errichtet hat, und dass er telephonisch mit diesen Orten verbunden ist, so dass die Arbeiter, welche dort um Stellen ansuchen, sich zur Arbeit melden, einen weiten Kreis von solchen finden, wo sie ihre Arbeit anbieten können. Das ist für die Arbeiter ein großer Vortheil, das ist eine große Unterstützung. Und wenn nun der auffällige Umstand eintritt, dass die Herren dieser (linken) Seite gegen diese Art Arbeitsvermittlung und gegen diesen Verein auftreten, ist für mich das Räthsel sehr leicht gelöst. Es besteht darin, dass die Arbeiter bekanntlich von den Herren nichts wissen wollen und die Revanche ist begreiflicherweise, dass die Herren von den Arbeitern auch nichts wissen wollen. Wo eine socialdemokratische Versammlung stattfindet, wird von den Arbeitern gegen jenes Programm, das die Herren vertreten, protestiert, also erwarten Sie doch nicht, dass die Herren für ein Institut stimmen sollen, das den Arbeitern eminente Vortheile bietet; das geht Zug um Zug, das ist natürlich und das wird so gedreht: weil die Arbeiter nicht Antisemiten sein wollen, müssen sie liberal sein oder die Liberalen sie ausnützen oder, wie einer der Herren so ungeheuer voraussichtlich gesagt hat, dieser Verein ist gegründet, um die Verbindung der Liberalen mit den Socialdemokraten herzustellen. Wenn in einem socialdemokratischen Vereine über die Antisemiten losgezogen wird, sind gleich die nächsten, über die ebenso oder nicht viel weniger losgezogen wird, die Liberalen, und zu behaupten, dass ein solches Institut geeignet ist, eine Verbindung zwischen Liberalen und Socialdemokraten herbeizuführen, ist eine jener Behauptungen, die ohne jedwede Begründung hinausgeschleudert werden. Der Herr Redner weiß ganz gut, dass die Socialdemokraten uns geradeso gegenüberstehen, wie Gott sei Dank Ihnen. (Gelächter links.) — Ja, Gott sei Dank, weil bewiesen ist, dass diese Classe der Bevölkerung einen gesunden Sinn für das öffentliche Leben hat. Zu behaupten, dass der Verein ein politischer ist, ist schon deswegen nicht gerechtfertigt, weil die Herren, die im Vorstande sind, den verschiedensten Schattierungen angehören, wie schon hervorgehoben wurde, vom Abgeordneten Plener angefangen bis zu einem der socialdemokratischen Richtung angehörenden Arbeiter.

Das beweist nicht, dass der Eine den Andern ausnützen will, sondern dass sie sich dazu verbunden haben, um einen als gut erkannten Zweck zu fördern, ohne Rücksicht auf die Politik. Weil die Herren denken, jeder muss so sein wie Sie, keiner könne Politik von Menschenthum, Politik von der Arbeit für öffentliches Wohl trennen, weil Sie überall Politik suchen und nichts als Wahlpolitik treiben, so glauben Sie, ein Anderer kann es auch nicht anders machen. (Widerspruch links.) Darum behaupten Sie, dass der Verein ein politischer ist und gegründet wurde, um politische Zwecke zu verfolgen. Dem ist nicht so.

Ich glaube daher mit Beruhigung den Antrag des Stadtrathes, beziehentlich wenn das geehrte Plenum mit einer höheren Summe einverstanden wäre, die Bewilligung dieser höheren Summe empfehlen zu können.

Gem.-Rath Dr. Friedjung (zu einer thatsächlichen Berichtigung): Der Herr Gem.-Rath Gregorig hat behauptet, dass ich den Verein dadurch zu empfehlen versucht habe, dass ich hervorgehoben habe, dass der Verein statt gelernte Arbeiter ungelernte den Fabrikanten zuschickt. Das ist unrichtig. Wahr ist, dass in Wien außer den gelernten Arbeitern 10.000, vielleicht 100.000 von anderen sich befinden, welche aus ihrem bestimmten Handwerk hinausgeworfen wurden durch die Ungunst der Zeit und durch die Proletarisierung des Handwerks, und dass diese Massen von Menschen, welche außerhalb dieses Handwerks stehen, Arbeit suchen. Wahr ist es, dass es eine ungewöhnliche Hartherzigkeit bekundet, wenn man diesen Leuten keine Arbeit verschaffen und den Verein nicht unterstützen will, welcher diesen Unglücklichen Arbeit bringt.

Der Herr Abgeordnete Dr. Lueger hat eine Behauptung aufgestellt, welche ich berichtigen muss. Er hat behauptet, dass sich im Ausschusse des Vereines Anarchisten befinden.

Ich erkläre hiemit, dass diese Behauptung vollständig unrichtig ist, und dass die Berufung des Herrn Dr. Lueger auf irgend einen Process, in dem er plaidirt oder sonst eine Function ausgeübt hat, gewiss unrichtig ist. Es ist keine Frage, dass die Männer, welche dem Vereine angehören, auch der Abgeordnete Plener, den Verkehr mit Anarchisten zu Zwecken, welche nicht der Volkswohlfahrt dienen, nicht pflegen. Unwahr ist es, dass der Abgeordnete Plener als Schirm für andere Interessen und politische Zwecke dient. Wahr ist, dass allerdings ein Zweck verfolgt wird, nämlich der Zweck, die beiden Pole der Gesellschaft, die Besitzenden und die Nichtbesitzenden einander näher zu bringen; und dass dies ein Zweck ist, den jeder Parteiführer anstreben soll, ist etwas, was Jedermann zugeben wird.

Gem.-Rath Gräf (zu einer thatsächlichen Berichtigung): Der Herr Gem.-Rath Djörup hat anlässlich der Unterstützung des Antrages Herrdegen gesagt, es sei die Publicierung des Wirkens dieses Vereines deshalb nöthig, damit die Zimmermannsarbeiter, welche mit der Franz Josefsbahn anlangen, nicht von den Wirten abgefangen werden, und es sei deshalb nothwendig, damit die Zimmermeister nicht mehr eine Vermittlungsgebür für die einzelnen Arbeiter zahlen. Dem gegenüber berichtige ich thatsächlich, dass sich die sogenannten Herbergsväter wohl auf den Bahnhöfen einfinden und vielleicht eine größere oder kleinere Anzahl von Arbeitern in die Gasthäuser führen.

Dass aber ein Gastwirt von einem Zimmermeister eine Vermittlungsgebür von 1 fl. für das Zubringen eines Arbeiters verlangt, muss ich entschieden zurückweisen (Beifall links) und ich möchte Herrn Gem.-Rath Djörup ersuchen, sich die Leute, die sich diese Gebüren bezahlen lassen, in Zukunft besser anzusehen.

Gem.-Rath Weitmann (zur thatsächlichen Berichtigung): Meine Herren! Der Herr Referent hat die Sache so dargestellt, als wenn dieser Verein wirklich mehr für das Kleingewerbe als für die Großindustrie thätig wäre. Dem gegenüber bemerke ich, dass unsere Genossenschaft, nämlich die der Feinzeugschmiede, der ich als Ausschussmitglied angehöre, auf diesen Verein gar nicht reflectiert, nicht ansteht; unsere Genossenschaft ist gut constituiert . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte, Herr Redner, das ist eigentlich gar keine Berichtigung.

Gem.-Rath Weitmann: Ich bitte, Herr Collega Friedjung hat Unzähliges vorgebracht, was keine Berichtigung war, (Zustimmung links) und ich berichtige und widerlege das und bitte um die nöthige Zeit dazu.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Dieser Erinnerung Ihrerseits bedarf es gar nicht.

Gem.-Rath Weitmann: Ich spreche nur zur Sache, Herr Vorsitzender.

Ich berichtige, dass unsere Genossenschaft die Arbeitsvermittlung ganz ohne Entgelt in der promptesten Weise durchführt. Wir haben also keine derartige Misswirtschaft bei unserer Genossenschaft, wie sie in der Genossenschaft existiert, welcher Herr Gem.-Rath Djörup angehört. Es ist also nicht richtig, was der Herr Referent gesagt hat, denn gerade unsere Genossenschaft gehört zum größten Theil dem Kleingewerbe an und ich kann Sie versichern, dass von unserer Genossenschaft auf diesen Verein gar nicht reflectiert wird. Dieser Verein versieht jetzt nur die Dienste der Großindustrie.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich hätte es wirklich unterlassen, nochmals das Wort zu ergreifen, wenn nicht Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung mit dem Worte „unwahr" herumgeworfen hätte.

Diesem Worte unwahr gegenüber constatiere ich Folgendes:

Es ist wahr, dass in der Leitung des Vereines Personen sind, vielleicht waren, — wenigstens noch vor ganz kurzer Zeit — die entschieden der Most'schen Richtung angehören. (Hört! links.) Herr Dr. Friedjung weiß das ebenso gut, wie ich. (Gem.-Rath Dr. Friedjung: Nein! — Rufe links: Er will es nicht wissen! — Gem.-Rath Dr. Friedjung: Namen nennen!) Dies ist hier zwar nicht meine Sache, aber wenn er sie privatim hören will, werde ich sie nennen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte sich im Rahmen einer Berichtigung zu halten.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Gewiss, aber dann soll Herr Dr. Friedjung nicht unterbrechen.

Zweitens: Ich habe erklärt, dass der Zweck des Vereines bezüglich der Arbeitsvermittlung erst in zweiter Linie, und habe erwähnt, dass in erster Linie der Verkehr zwischen den Socialdemokraten und der liberalen Partei steht.

Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung hat das als unwahr erklärt dann aber später zugegeben, dass — er hat gesagt — „die Verbindung zwischen den Besitzenden und Nichtbesitzenden hergestellt wird". Ja wohl, zu diesem Zweck ist der Verein vorhanden. (Richtig! links.)

Gem.-Rath Taubler (zur thatsächlichen Berichtigung): Es sind von einem Redner von dieser Seite (links) gewissermaßen die Genossenschaftsvorstände apostrophiert worden und nachdem ich einer Genossenschaft als Vorsteher anzugehören die Ehre habe, muss ich doch auch einige Worte zur Berichtigung sagen. Es ist von dieser Seite (links) hervorgehoben worden, dass besonders die Industriellen als solche ein großes Interesse an diesem Vereine haben. Nun, ich muss erklären, dass die Genossenschaft, der ich angehöre, zum großen Theil aus Industriellen besteht . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, das ist keine Berichtigung.

Gem.-Rath Taubler . . . . . und dass Sie unter denen, welche hier um Stellenvermittlung angesucht haben und denen Stellen vermittelt wurden, von unserem Gewerbe keinen einzigen finden werden. (Beifall rechts.) Sie sehen also, dass wenigstens diese Genossenschaft den Verein nicht beansprucht und dass nicht die Industriellen als solche überhaupt ein großes Interesse an diesem Vereine haben und dass sie demnach überhaupt nicht beschuldigt zu werden brauchen, dass sie solche Vereine gründen, um dabei ihren Vortheil zu finden. Auch für ein dem meinigen verwandtes Gewerbe, wo ein Freund von mir Vorsteher der Genossenschaft ist, ist nicht eine solche Stelle vermittelt worden.

Gem.-Rath Silberer (zur Geschäftsordnung): Sehr geehrte Herren! Ich halte es für geboten, mich auf Grund der Geschäftsordnung dagegen zu verwahren, dass der Gebrauch, um nicht zu sagen, Missbrauch, der heute hier produciert, um nicht zu sagen, prakticiert wurde, etwa hier stabilisiert werde und es in Zukunft öfter vorkommt, dass jemand, der in der Sache . . . .

Vorsitzender Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Aber ich bitte, Herr Redner . . . . .

Gem.-Rath Silberer (fortfahrend): Das muss auf Grund der Geschäftsordnung constatiert werden, dass jemand, der in der Sache schon kategorisch erklärt hat, nicht für die Vorlage zu stimmen, sich aus parteitactischen Gründen, um für seine Partei einen zweiten Redner zu gewinnen und einen pro-Redner zu verdrängen, pro eintragen lässt und vor der Wahl der Generalredner sogar erklärt, pro zu sprechen, dann aber de facto, nur um der Form zu genügen, zum Schlusse zwar erklärt, er werde nothwendiger Weise für die Vorlage stimmen, während er im übrigen mit keiner Silbe dafür, sondern mit jedem Worte nur dagegen spricht. Das ist ein Kampfmittel, welches ich perhorresciere und welches ich bedauern muss. (Beifall rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, die Bemerkung des Herrn Redners ist nicht unbegründet; allerdings kann es Fälle geben, in denen es dem einzelnen Redner sehr schwer ist, von vorneherein seine Stellung zum Antrage zu kennzeichnen. Aber das dürfen wir von unseren Collegen erwarten, dass sie bei ihrer Wahl optima fide ihre Stellung im vorhinein erklären, und sich, wenn sie contra votieren wollen, nicht pro eintragen lassen, um eine Stimme für sich zu gewinnen. Das glaube ich, wäre mit den Gesetzen, wie sie unter gebildeten, anständigen Leuten üblich sind, nicht vereinbarlich. (Lebhafter Beifall rechts.)

Gem.-Rath Gregorig (zu einer persönlichen Bemerkung): Diese Angelegenheit kann sich nur auf mich beziehen. (Lebhafte Heiterkeit rechts.) Ich habe nicht contra gesprochen, sondern habe den Antrag des Herrn Referenten befürwortet, allerdings nicht die Anträge anderer Herren. Gegen die höhere Subvention bin ich

allerdings. Aber was den Vorgang anbelangt, wie er meinerseits beliebt wurde, so habe ich diese Art nur von der Gegenseite gelernt und ich bin ihr Schüler. (Beifall links und Rufe: Jawohl!)

Vorsitzender Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Gegen den Antrag des Herrn Referenten ist ein Gegen-Antrag in der Ziffer gestellt worden. Ich glaube, im übrigen ist eine Aenderung des Antrages seitens des Herrn Gem.-Rathes Herrdegen nicht proponiert worden. Ich bringe also zunächst die Ziffer zur Abstimmung, und zwar die höhere Ziffer von 500 fl. und bitte jene Herren, welche für die höhere Ziffer von 500 fl. stimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe! (Geschieht.) Der Antrag auf Bewilligung von 500 fl. ist mit 40 gegen 21 Stimmen angenommen. (Beifall rechts.)

Ich bringe nun den übrigen Inhalt des Antrages zur Abstimmung und bitte die Herren, welche demselben zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem Vereine für Arbeitsvermittlung für die Jahre 1891, 1892 und 1893 eine Subvention von je 500 fl. mit dem Vorbehalte zu bewilligen, dass diese Subvention in den Jahren 1892 und 1893 widerrufen werden kann, wenn sich in den Verhältnissen oder in der Gebarung des Vereines eine hiezu Veranlassung bietende Veränderung ergeben sollte. Der Verein hat alljährlich der Gemeinde seinen Rechenschafts- und Gebarungsbericht vorzulegen. Für die Subvention pro 1891 wird der erforderliche Zuschusscredit bewilligt; die Subventionsbeträge pro 1892 und 1893 sind budgetmäßig sicherzustellen.

Die öffentliche Sitzung ist geschlossen, es folgt eine kurze vertrauliche Sitzung.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um 8¼ Uhr abends.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 5. Februar 1892.

Vorsitz: **Vice-Bürgermeister Dr. Richter.**

Gem.-Rath Matzenauer referiert über die Verleihung einer communalen Auszeichnung an den k. k. Hof- und Kammer-Juwelier Josef Mayer sen. anlässlich des fünfzigjährigen Bürger-Jubiläums desselben und beantragt, ihm die große goldene Salvator-Medaille zu verleihen.

Dieser Antrag wird angenommen.

(Schluss der Sitzung ¼9 Uhr abends.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 29. Jänner 1892.

Vorsitzender: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Borschke.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Grübl, Dr. Hackenberg, Kreindl, Dr. Lederer, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Krank: Dr. Huber.
Beurlaubt: Baugoin.
Experte: Baurath Schiebek.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Carl Appel.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

St.-R. Boschan referiert über das Pflasterpräliminare für das Jahr 1892 und stellt folgende Anträge:

I. Bezirk.

1. Umpflasterung des Kolowratringes . . . . 27.200 fl.
2. Umpflasterung des Parkringes . . . . . 56.300 „

Hingegen beantragen die St.-R. Noske und Matzenauer an Stelle der vom Referenten vorgeschlagenen Umpflasterungen nach dem Antrage des Bezirks-Ausschusses für den I. Bezirk folgende Pflasterungen:

1. Rothenthurmstraße — vom Stefansplatze bis zum Fleischmarkte — (geräuschlos) . . . . . 23.000 fl.
2. Wipplingerstraße — vom Stoß im Himmel bis zur Renngasse — (Holzstöckel) . . . . . 22.000 „
3. Freisingergasse (Holzstöckel) . . . . . 3.000 „
4. Marc Aurelstraße (mit Granitsteinen) . . . 11.800 „

Ferner beantragt St.-R. Matzenauer:

5. Schauflergasse — vom Neubau der Burg bis zum Ballplatz — (geräuschlos), jedoch nur im Falle der Wiedereröffnung der Durchfahrt durch die Burg 4.000 „
6. Dorotheergasse — von der protestantischen Kirche bis zur Augustinerstraße — (geräuschlos) . . ca. 3.000 „
7. Bäckerstraße . . . . . 17.300 „

St.-R. Rückauf beantragt, auf der Ringstraße eine vollständige Neupflasterung nicht vorzunehmen, bevor nicht die Frage der Verlegung der Tramwaygeleise gelöst ist.

Der Antrag Rückauf wird mit 10 gegen 7 Stimmen angenommen.

St.-R. Müller beantragt

a) einen Theil der Ringstraße (50—100 m) im jetzigen Profile mit Holzstöckeln probeweise zu pflastern.
b) wo es dringend nothwendig, den Ring auszubessern und hiefür 20.000 fl. Pauschale zu bewilligen.

Baurath Schiebek schlägt vor, den Parkring neu zu pflastern und den Kolowratring mit den vom Parkringe ausssortierten besseren Steinen umzupflastern.

St.-R. Dr. v. Billing nimmt diesen Vorschlag als Eventual-Antrag auf.

Baurath Schiebek schlägt vor, nur den Theil zwischen den Pferdebahngeleisen neu zu pflastern.

St.-R. Matzenauer beantragt, 10.000 fl. zu weitgehenden Ausbesserungen zu bewilligen und beantragt, — als Zusatz zum Antrage Rückauf — den Magistrat aufzufordern, über die Verlegung der Tramwaygeleise auf der Ringstraße ein Project und Anträge ehestens vorzulegen.

Der Referent nimmt sodann den letzten Vorschlag des Bauraths Schiebek auf:

Am Park- und Kolowratringe bloß die mittlere Fahrbahn zwischen den Tramwaygeleisen mit neuen Steinen zu pflastern und hiefür 42.000 fl. einzustellen.

Abstimmung:

Der Antrag Müller a) wird abgelehnt.

Der Zusatz-Antrag Matzenauer (zum Antrage Rückauf) wird angenommen.

Der modificierte Referenten-Antrag wird angenommen.

Die Anträge Roske-Matzenauer

1. Rothenthurmstraße, 3. Freisingergasse und 4. Marc Aurelstraße werden angenommen, 2. Wipplingerstraße wird abgelehnt.

Der Antrag Matzenauer, 5. Schauflergasse, wird angenommen

6. und 7. Dorotheergasse und Bäckerstraße werden abgelehnt.

Der Referent stellt weiter für den I. Bezirk folgende Anträge:

4. Regulierung und Pflasterung der Adlergasse und des Hafnersteiges . . . . . 8.000 fl.

Geräuschlose Pflasterungen:

5. Bognergasse . . . . . 9.100 fl.

6. Strauchgasse . . . . . 9.200 fl.

7. Tegetthoffstraße vom Neuen Markt bis zur Führichgasse, incl. der Kreuzung dortselbst . . . . . 7.200 fl.

8. Fahrbahn am Lobkowitzplatz und Asphaltierung des Trottoirs vor dem Hause Or.-Nr. 2 . . . . 7.000 fl.

10. Singerstraße von der Kärnthnerstraße bis zur Riemerstraße (geräuschlos) . . . . . 27.000 fl.

11. Franziskanerplatz und die Strecke der Weihburggasse nächst der Kirche (geräuschlos) . . . . . 8.000 fl.

werden (angenommen).

II. Bezirk.

1. Franzensbrückengasse von der Brücke bis zur Hosenedergasse . . . . . 46.400 fl.

2. Umpflasterung der Praterstraße von der Taborstraße bis zur Großen Mohrengasse . . . . . 13.100 fl.

3. Niveau-Regulierung und Umpflasterung der Kleinen Pfarrgasse von der Sperlgasse bis zur Augartenstraße . . . . . 10.100 fl.

4. Herstellung eines Marktplatzes auf der Area des ehemaligen Asyl- und Werkhauses . . . . . 34.000 fl.

5. Vereinsgasse von der Stadtgutgasse bis zur Kaiser Josefstraße . . . . . 12.000 fl.

6. Herstellung neuer Communicationen in der Brigittenau zur Verbindung der Kaiser Franz Josef-Regierungs-Jubiläumsbrücke und der Kaiser Franz Josefbrücke 14.000 fl.

Die Referenten-Anträge 1, 2, 3, 4 und 6 werden angenommen; der Referenten-Antrag 5 wird mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen.

Referent beantragt:

III. Bezirk.

1. Umpflasterung der Lastenstraße von der Salesianergasse bis zum Anschlusse an die Lastenstraße im IV. Bezirke (Am Heumarkt) . . . . . 51.500 fl.

2. Strohgasse, unterer Theil, ferner Veithgasse vom Rennweg bis Ende des Hauses Nr. 4, Macadamisierung mit Grundbau . . . . . 10.400 fl.

St.-R. Dr. Grübl beantragt:

a) für die Pflasterung der Erdbergstraße vor der Schule Nr. 88 2100 fl. einzustellen.

St.-R. Dr. Grübl beantragt ferner:

b) die Pflasterung der Wassergasse zwischen der Erdbergstraße und Hauptstraße mit 27.000 fl. einzustellen.

c) Die Pflasterung der Unteren Weißgärberstraße zwischen Franzensbrücken- und Sofienbrückengasse, modificiert später diesen Antrag dahin, die Pflasterung der Unteren Weißgärberstraße in Aussicht zu nehmen für den Zeitpunkt, als die Frage wegen Durchführung des Canales entschieden ist.

Der Antrag Dr. Grübl a) wird zurückgezogen, b) wird abgelehnt, c) modificiert. (Angenommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke hat den Vorsitz übernommen.

Referent beantragt:

IV. Bezirk.

1. Umpflasterung der Favoritenstraße von der Mayerhofgasse bis zur Theresianumgasse . . . . . 20.200 fl.

2. Umpflasterung der Wienstraße von der Kettenbrückengasse (s. Plateau) bis zur Preßgasse . . . . . 24.200 fl.

3. Umpflasterung der Heugasse von der Technikerstraße bis zur Wohllebengasse . . . . . 30.200 fl.

4. Umpflasterung des Grünzeugmarktes auf dem Kärnthnerthormarkte . . . . . 4.900 fl.

5. Karolinengasse zwischen Favoritenstraße und Karolinenplatz . . . . . 16.400 fl.

V. Bezirk.

1. Umpflasterung der Matzleinsdorferstraße von der Kirche bis zur Wimmergasse . . . . . 25.300 fl.

2. Grüngasse zwischen Wehr- und Rüdigergasse, Neupflasterung mit neuen Mauthausener Würfeln, längs des Schulhauses mit Holzstöckeln und dann Trottoirumpflasterung . . . . . 13.200 fl.

VI. Bezirk.

1. Neupflasterung der Millergasse von der Liniengasse bis zur Wallgasse . . . . . 30.300 fl.

2. Barnabitengasse, Neupflasterung von Nr. 12 bis Windmühlgasse mit 5/7/9″ doppelt geritzten Mauthausener Steinen und Trottoirumpflasterung . . . . . 10.100 fl.

(Angenommen.)

Referent beantragt:

VII. Bezirk.

1. Umpflasterung der Mariahilferstraße von der Laimgrubenkirche bis über die Stiftgasse . . . . . 25.300 fl.

2. Neupflasterung des noch ungepflasterten Theiles der Neustiftgasse . . . . . 15.400 fl.

3. Burg- und Breitegasse, Umpflasterung der Fahrbahn mit doppelt geritzten Mauthausener Würfeln, Trottoirumpflasterung . . . . . 28.100 fl.

(Angenommen.)

St.-R. Dr. Vogler beantragt, für die Trottoir-Erneuerung im VII. Bezirke, Mariahilferstraße von der Breitegasse bis zur Stiftgasse mit Platten, den Betrag von 5200 fl. einzustellen.

Wird mit 9 gegen 8 Stimmen angenommen.

Referent beantragt:

VIII. Bezirk.

1. Neupflasterung der Bennogasse von der Alserstraße bis zum Bennoplatz mit 5/7/9" doppelt geritzten Steinen . 26.300 fl.

2. Piaristengasse von der Zeltgasse bis Florianigasse, Umpflasterung der Fahrbahn mit Einbesserung und Trottoir-Umpflasterung mit Beigabe von Randsteinen . . 12.200 fl.

IX. Bezirk.

1. Umpflasterung der Währingerstraße von der Maria Theresienstraße bis zur Berggasse . . . . . 30.200 fl.

2. Umpflasterung der Alserbachstraße von der Nussdorferstraße bis zur Liechtensteinstraße . . . . . 15.000 fl.

3. Kirchenplatz vor der Servitenkirche . . . 8.000 fl.

4. Restzahlung für die Regulierung der Waisenhausgasse . . . . . 5.500 fl.

X. Bezirk.

1. Neupflasterung einer 10 m breiten Fahrbahn in der Quellengasse in der Strecke zwischen der Himberger- und Laxenburgerstraße . . . . . 28.300 fl.

2. Neupflasterung der Keplergasse zwischen der Himbergerstraße und der Sonnwendgasse mit alten Steinen 3.100 fl.

3. Neupflasterung von Rinnsalen und Übergängen . . . . . 4.100 fl.

(Wird angenommen.)

Referent beantragt, da anlässlich der Hinausrückung der Verzehrungssteuerlinie und Erweiterung des Wiener Gemeindegebietes im nächsten Jahre auch die Nothwendigkeit herantreten wird, wenigstens die frequentesten Straßenzüge Wiens mit ihren betreffenden, bisher durch den Linienwall getrennten Fortsetzungen in den Vororten entsprechend in Verbindung zu setzen und sofort Linienwalldurchbrüche zu schaffen und die von den beiden Tramway-Gesellschaften geschaffenen Durchbrüche dem allgemeinen Verkehre zugänglich zu machen. Für den angedeuteten Zweck weiters einen Betrag von . 30.000 fl. ins Präliminare einzusetzen. (Wird angenommen.)

Referent beantragt ferner, für die currente Pflaster-Erhaltung (und zwar über den Antrag des St.-R. Matzenauer für die Bezirke I—X) den Betrag von . 100.000 fl. einzustellen. (Angenommen.)

Endlich beantragt Referent für die Straßenerhaltung und Neupflasterungen hinsichtlich der Gemeinde- und Bezirksstraßen einen Betrag von . 277.400 fl. und für die Erhaltung der Landesstraßen . . . . . 65.000 fl. einzustellen.

St.-R. Witzelsberger beantragt die Erhöhung der ersteren Summe auf . . . . . 300.000 fl.

St.-R. Kreindl die Erhöhung um circa . . . 58.000 fl.

St.-R. Matzenauer beantragt, die Ziffer in suspenso zu belassen und den Magistrat aufzufordern, unter Einsichtnahme der betreffenden Präliminarien der Bezirksstraßen-Ausschüsse und Gemeinden und mit Rücksicht auf die für die ehemaligen Landesstraßen erforderlichen Herstellungen nach Begutachtung durch das Stadtbauamt Anträge zu stellen und Bericht zu erstatten.

Der Referent ersucht jedoch, über die Ziffer zu beschließen und beantragt, einschließlich des Betrages von 65.000 fl. für die Landesstraßen . . . . . 400.000 fl. einzustellen. (Dieser Antrag wird angenommen.)

St.-R. Dr. Lederer beantragt, den Magistrat zu beauftragen, Erhebungen zu pflegen und Anträge zu stellen, damit auf Grund dieses Pauschales die Ziffer für jeden einzelnen der Bezirke XI—XIX festgesetzt werden kann. (Angenommen.)

Schluss-Antrag des Referenten für erhöhte Kosten der Pflasterung mit Granitwürfeln durch Ausgießung der Fugen und solideren Unterbau (für die Bezirke I—XIX) 100.000 fl. (Angenommen.)

St.-R. Dr. v. Billing referiert über die Entscheidung der k. k. Bezirks-Hauptmannschaft in Neunkirchen vom 5. Jänner 1892, Z. 3623, womit der k. k. priv. Pittener Papier-Fabrik die Frist zur Ausführung der Concession zur Benützung der bewegenden Kraft des Gewässers des Kehrbaches, zum Betriebe einer Holzschleiferei auf der Grund-Parcelle Nr. 1058, in der Stadt-Gemeinde Schwarzau a. Stf. bis zum 7. October 1893 mit der einschränkenden Bedingung erweitert wurde, dass aus dieser Fristerstreckung kein wie immer gearteter Anspruch auf eine Entschädigung gegenüber der Stadt Wien für die der letzteren mit dem Erkenntnisse vom 24. October 1891, Z. 19539 in erster Instanz concedierte Entnahme einer Wassermenge von 36.400 m³ täglich aus dem oberhalb des Kaiserbrunnens befindlichen Quellengebiete abgeleitet werden darf — und beantragt, diese Entscheidung zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

St.-R. Matzenauer referiert über das Ansuchen des Josef Toch um mietweise Überlassung der Wohnungen Nr. 35 und 36 im 2. Stocke des alten Rathhauses vom Februar 1892 ab um den Jahreszins von 600 fl. inclusive aller Nebengebüren und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

St.-R. Schlechter referiert über die Wahl der Armenräthe in den neuen Bezirken und beantragt, die von den Bezirks-Ausschüssen des XI.— XIX. Bezirkes vorgenommenen Neuwahlen der Armenräthe mit Ausnahme der Wahlen des Joh. Schuhmann im XII. Bezirke und des Karl Klenner im XVIII. Bezirke, mangels der österr. Staatsbürgerschaft und des Albert Wexberg und des Heinrich Oplatek im XVIII. Bezirke wegen mittlerweile erfolgter Ablehnung zu bestätigen.

Die Mittheilung des Magistrates, dass im XVI. Bezirke anstatt 71 bisher nur 47 Armenräthe gewählt erscheinen und wegen Wahl der daselbst noch aushaftenden 24 armenräthlichen Functionäre das Erforderliche veranlasst wurde, zur Kenntnis zu nehmen.

(Angenommen.)

Die Sitzung wird geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

Das „Statut" sowie die „Geschäftsordnung für den Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien und für die magistratischen Bezirksämter" sind bereits im Druck erschienen und sind, vereinigt in ein Heftchen, im Expedite des Gemeinderaths-Präsidiums (Rathhaus, I. Stock) um den Betrag von 10 kr. erhältlich.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

(In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 31. Jänner bis 2. Februar 1892.)

1. Fleischsendungen:

a) für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . .	198.506 Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 126.039; aus Ober-Österreich — 2.456; aus Mähren — 16.911; aus Galizien — 37.404; aus Ungarn — 15.696 Kg.)
Kalbfleisch . . .	13.576 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 2.534; aus Galizien — 11.042 Kg.)
Schaffleisch . .	1.809 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 712; aus Mähren — 62; aus Galizien — 767; aus Ungarn — 268 Kg.)
Schweinfleisch .	31.186 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 23.216; aus Böhmen — 1.095; aus Mähren — 504; aus Galizien — 3.825; aus Ungarn — 1.546 Kg.)
Kälber	1.176 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 85; aus Ober-Österreich — 31; aus Mähren — 11; aus Galizien — 1.035; aus Ungarn — 14 St.)
Schafe	406 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 203; aus Galizien — 184; aus Ungarn — 19 St.)
Schweine . . .	1.650 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 118; Mähren — 2; aus Galizien — 1.530 St.)
Lämmer . . .	8 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 4; aus Ungarn — 4 St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch . . .	7.005 Kg.	Kälber	42 Stück
Kalbfleisch	223 „	Schafe	11 „
Schaffleisch . . .	27 „	Schweine	— „
Schweinfleisch . .	955 „	Lämmer	— „

2. Preisbewegung:

Rindfleisch . . .	von	34	bis	100	kr. per Kg.
Kalbfleisch . . .	„	36	„	80	„ „ „
Schaffleisch . . .	„	36	„	54	„ „ „
Schweinfleisch . .	„	40	„	64	„ „ „
Kälber	„	40	„	68	„ „ „
Schafe	„	24	„	44	„ „ „
Schweine	„	40	„	56	„ „ „
Lämmer	3 fl. 50 kr. per Stück.				

Die Zufuhr an Fleischwaren war gegen die Vorwoche etwas geringer und haben bei lebhafter Nachfrage die Preise des Kalbfleisches und der Kälber eine Erhöhung um 4 bis 8 kr. und jene des Schweinfleisches und der Schweine eine solche um 2 bis 4 kr. per Kilogramm erfahren.

Die Preise der übrigen Fleischwaren blieben unverändert.

(Pferdemarkt vom 5. Februar 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht. 480 Pferde.

Preis: für gewöhnliche Zugpferde . . . . 20—60 fl. per Stück

Der Markt war sehr lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 30. Jänner bis 5. Februar 1892:

(Geschlachtet wurden 187 Pferde.)

Vorderes Pferdefleisch	1 Kg.	28—32	kr.
Hinteres „	1 „	32—36	„
Lungen- und Rostbraten . .	1 „	36—44	„
Selchfleisch	1 „	36—40	„
Extrawürste	1 „	32—44	„
Dürre Würste	1 „	40—56	„
Rohes Fett	1 „	52—60	„
Geschmolzenes Fett	1 „	56—64	„
Schweifhaare	1 Schweif	25—50	„
Knochen	100 Kg.	fl. 2.50—3.—	
Häute	per St.	„ 5.——7.50	

(vom Pferde)

* * *

(Schlachtviehmarkt vom 8. Februar 1892.)

1. Auftrieb.

Mastvieh — 3809, Weidevieh —.—, Beinlvieh — 436.

Summa . 4245.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	2248
Galizische „ . . .	367
Deutsche „ . . .	1553
Büffel „ . . .	77

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3362
Stiere	308
Kühe	575

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht:

Ungarische Schlachtthiere .	von	53	bis	65 fl.
Galizische „ .	„	53	„	60 „
Deutsche „ .	„	54	„	65 „
Stiere	„	—	„	— „
Kühe	„	—	„	— „
Büffel	„	—	„	— „
Beinlvieh	„	—	„	— „

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Procentabzug (30—40 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt 2c.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt 2c. zugesteht.

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht **ohne** Procentabzug:

Ochsen . .	von	23	bis	33 fl.
Stiere . .	„	24	„	36 „
Kühe . .	„	24	„	30 „
Büffel . .	„	21	„	29 „
Beinlvieh .	„	—	„	— „

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . von 20 bis 24 fl.

Unverkauft blieben:

Ochsen . . . . . 9 Stück.

Bei dem um 1013 Stück Schlachtthiere vermehrten Auftriebe sind die Preise um 2 fl. per 100 Kg. gefallen. — Von nun an ist nur die Preisbehandlung mit Ausschluss der Verzehrungssteuer zulässig.

Städtisches Lagerhaus.

28. Jänner bis 4. Februar 1892:

Waren eingelagert . . . . . 17.009 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 37.594 „
Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf . . . . . 10.920 Meter-Centner.

Lagerstand vom 4. Februar 1892: 347.909 Meter-Centner, und zwar:

89.317	Meter-Centner	Weizen,	54.833	Meter-Centner	Roggen,
66.130	„	Gerste,	30.953	„	Hafer,
7.930	„	Mais,	21.491	„	Ölsaaten,
12.468	„	Mehl u. Kleie,	9.924	„	Wein,
4.075	„	Zucker,	100	Hektoliter	à 100% Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 4,258.990 fl. öst. Währ.

Öffentliche Sicherheit.

Im Monate Jänner 1892 betrug die Zahl der vom Wiener Magistrate abgeschobenen Individuen 492
dem Wiener Magistrate zugeschobenen (zuständigen) Individuen 69
Durchschüblinge 347
Gesammtzahl . 908

Armenangelegenheiten.

(Spende.) Die Erben des am 27. Jänner 1892 in Wien, IV. Bezirk, Theresianumgasse Nr. 33 verstorbenen Mitgliedes des österreichischen Herrenhauses, Herrn Louis Freiherrn von Haber-Linsberg, haben für die Armen Wiens 10.000 fl. ö. W. zuhanden des Bürgermeisters Dr. Prix gespendet.

Gewerbeangelegenheiten.

Gewerbeanmeldungen vom 30. Jänner 1892.

(Fortsetzung.)

Werner Therese, Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß, XVIII., Währing, Gürtelstraße 74.
Skudlavski Marie, Verkauf von Gebetbüchern und Heiligenbildern, VII., Neubaugasse 41.
Golda Johann, Gemischtwaren-Verschleiß, XVIII., Währing, Wienerstraße 72.
Guth Johann Georg, Gemischtwaren-Verschleiß, X., Waldgasse 5.
Irsigler Ignaz, Gemischtwaren-Verschleißer, VIII., Strozzigasse 44.
Palisa Anna, Gemischtwaren-Verschleiß, X., Laxenburgerstraße 83.
Steiner Wilhelmine, Gemischtwaren-Verschleiß, XIII., Penzing, Hauptstraße 21.
Wetstein Amalie, Gemischtwaren-Verschleiß, II., Große Sperlgasse 10.
Zechmann Josef, Gemischtwaren-Verschleiß, X., Siccardsburggasse 25.
Zuda Franz, Gemischtwaren-Verschleiß, V., Matzleinsdorferstraße 90.
Pschorner Karl, Gold- und Silberarbeitergewerbe, XV., Fünfhaus, Beingasse 23.
Aichinger Franz, Großschlächterei und Fleischverkauf en gros, III., St. Marx, Schlachthaus.
Hockauf Wilhelmine, Kleinhandel mit Holz, Kohlen und Coaks, II., Schiffamtsgasse 11.
Tesar Karl, Kleinhandel mit Holz, Kohle u. Coaks, II., Springergasse 27.
Grob Franz, Nespor Theresia, Gerbert v. Hornau August, Canalräumer, II., Handelsquai 268.
Janaček Franz, Herrenschneider, X., Quellengasse 49.
Schwach Leopoldine, Kleider-Verschleiß, VI., Gumpendorferstraße 48.
Nejedly Josef, Kranken- und Leichenvereins-Cassier, IX., Servitengasse 12.
Fundilon Jacob, Verschleiß von Kurzwaren, Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten, Schulheften, Preislisten 2c., VI., Gumpendorferstraße 30.
Haisler Anton, Milchmeier, XIII., Penzing, Tegetthoffgasse 3.
Divischek Katharina, Milch- und Gebäcks-Verschleiß, XIV., Rudolfsheim, Neugasse 36.
Huber Franziska, Milch-Verschleiß, XIII., Penzing, Hollergasse 19.
Bayer Alois, Musiker, XIII., Penzing, Bahngasse 22.
Neidlinger Georg, Handel mit Nähmaschinen und Zugehör, I., Nibelungengasse 8.
Kohn Moriz Leopold, Chemische Putzerei, II., Taborstraße 9.
Pruggmayer Josef, Betrieb des Schwender-Theater, XIV., Rudolfsheim, Hauptstraße.
Rubinstein Salomon, Uhrmachergewerbe, VII., Neubaugasse 29.
Hofbauer Johann, Victualienhandel, XVII., Hernals, Leopoldigasse 24.
Ofusky Josef, Victualienhändler, IV., Alleegasse 24.
Ševčik Leopoldine, Victualien-Verschleiß, XIX., Ober-Döbling, Grinzingerstraße 15.
Klein Franz Josef, Brandl Karl, Weinhändler, XIII., Penzing, Pfadenhauergasse 2.
Jucker Moriz, Zimmermaler, II., Rueppgasse 32.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 1. Februar 1892.

Laska Theodor, Bäckergewerbe, XV., Fünfhaus, Haidmannsgasse 9.
Peßl Karl, Commissionswaren-Verschleiß, II., Große Sperlg. 2.
Zeisel Gustav, Commissionswaren-Verschleiß, II., Rembrandtstraße 22. (Das Weitere folgt.)

M.-Z. 15406
XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekannt gemacht, dass **am 1. März 1892** ein Drittel der Jahresinteressen des **Marie Ernst von Ernstenau'schen Stiftungscapitales, d. i. ein Betrag von 84 fl., zur Vertheilung gelangen wird.**

Zum Genusse dieser Stiftung sind **sechs alte dürftige, krüppelhafte, in Wien wohnende,** einer der christlichen Confession angehörige Personen berufen.

Bewerber um eine Unterstützung aus dieser Stiftung **haben ihren Gesuchen ein legales Armutszeugnis, ein armenärztliches Zeugnis über ihre Krüppelhaftigkeit, ihren Taufschein und ihre sonstigen Documente** beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens **bis 18. Februar 1892** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Wien, am 1. Februar 1892. 1—3

Prot.-Nr. 487764
IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Baumeister- und Schlosserarbeiten zur Adaptierung des städtischen Hauses, XI., Simmering, Dorfgasse Nr. 64 und Erbauung eines einstöckigen Hoftractes** daselbst behufs Unterbringung eines k. k. Bezirksgerichtes, wird vom Magistrate der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 13. Februar**

d. J., **präcise um 10 Uhr vormittags im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp,** im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche **Offertverhandlung** abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 3. Februar 1892. 1—3

G. Z. 15140.
X.

Kundmachung.

Georg Schredt'sche Stiftung für Lehrer.

Aus der Georg Schredt'schen Stiftung für arme Lehrer und Unterlehrer, welche an einer **städtischen Volks- oder Bürgerschule in Wien** in Verwendung stehen, ist im heurigen Jahre ein Betrag von (206 fl.) **zweihundert und sechs Gulden** ö. W. zur Vertheilung verfügbar.

Es ergeht daher an jene Herren Lehrer und Unterlehrer, welche auf eine Unterstützung aus dieser Stiftung Anspruch erheben wollen, die Aufforderung, ihre bezüglichen Gesuche unter Anschluss der Nachweise über ihre bisherige Verwendung und ihre Dürftigkeit **bis längstens 29. Februar l. J.** im Einreichungsprotokolle des **Wiener Magistrates** abzugeben.

Oberlehrer können von dieser Stiftung nicht betheilt werden.

Nur die mit einem Armutszeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien
am 27. Jänner 1892. 3—3

Z. 292487
XI.

Kundmachung.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiermit bekannt gemacht, dass beim **Johannesspital- und Großarmenhaus-Stiftungsfonde nachstehende Stiftplätze** in Erledigung gekommen sind.

I. Ein Josefa Gräfin Pallfy'scher Johannesspital-Stiftplatz für eine arme, alte Manns- oder Weibsperson mit dem Genusse von monatlich 3 fl. 30 kr.

Laut Fundationsbriefes vom 10. März 1779 ist das Präsentationsrecht zu dieser Stiftung den Universalerben der Stifterin Gundackher von Stahremberg vorbehalten worden.

II. Ein Franziska Bosch'scher Großarmenhaus-Stiftplatz für eine arme Manns- oder Weibsperson mit dem Bezuge von monatlich 3 fl. 45 kr. nebst einer täglichen Zulage von 3½ kr.

Laut Fundationsbriefes vom 22. Juli 1802 hat die Stifterin das Präsentationsrecht zu dieser Stiftung dem Herrn Florian Edl. v. Rössler, Director des k. k. Versatzamtes, und dessen Erben vorbehalten.

Diejenigen Personen, welche auf das Präsentationsrecht zu einer dieser Stiftungen Anspruch erheben zu können glauben, wollen unter Nachweis ihres Rechtstitels **bis längstens 10. Februar 1892** eine stiftbriefmäßig geeignete Person anher präsentieren.

Nach fruchtlosem Ablaufe dieses Termines wird die Besetzung der vorerwähnten Stiftplätze von amtswegen erfolgen.

Wien, am 26. Jänner 1892. 3—3

Z. 15145
XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekannt gemacht, dass am **13. April d. J.** die Interessen der **Max Springer'schen Stiftung** im Betrage von 2510 fl. zur Vertheilung gelangen werden.

Anspruch auf diese Stiftung haben **Angehörige der arbeitenden und dienenden Classe** ohne Unterschied der Confession, welche in Wien oder dessen Vororten geboren oder dorthin zuständig sind und welche durch Alter, Krankheit oder Unglücksfälle arbeitsunfähig wurden.

Bewerber um obige Stiftung haben ihren Gesuchen außer dem Nachweis, dass sie der dienenden oder arbeitenden Classe angehören oder angehört haben, den Tauf- resp. Geburtsschein, den Trauungsschein und die Tauf-, resp. Geburtsscheine der Kinder, **ferner ein legales Armutszeugnis und ein armenärztliches Parere** über die Erwerbsfähigkeit beizubringen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche **sind längstens bis 27. Februar 1892** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Wien, am 3. Februar 1892. 1—3

G.-Z. 493181
XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiermit bekannt gemacht, dass bei der **Monika Zelinka'schen Stiftung ein Stiftplatz mit dem monatlichen Bezuge von 13 fl. 12½ kr.** für einen **Bürger,** welcher entweder in der Versorgung oder in der Handbetheilung des Bürgerspitalfondes sich befindet, in Erledigung gekommen ist.

Von den Bewerbern werden zunächst jene berücksichtigt, welche sich seinerzeit um die Gemeinde Wien durch unentgeltliche Besorgung von Gemeindeämtern, z. B. als Gemeinderäthe, Bezirksausschüsse, Armenräthe, Ortsschulräthe 2c. Verdienste erworben und stets einen ehrbaren Lebenswandel geführt haben.

Von mehreren derart qualificierten Pfründnern haben die ältesten den Vorzug, sowie auch in dem Falle, als keine solchen verdienstvollen Männer sich melden würden, die ältesten Bewerber berücksichtiget werden.

Der vorbezeichnete in Erledigung gekommene Stiftplatz wird lebenslänglich verliehen und hat der Stiftling am Sterbetage der Stifterin, nämlich am 6. September jeden Jahres eine heilige Messe zu hören.

Die Gesuche um den Stiftplatz sind bis längstens **20. Februar 1892** im Einreichungsprotokolle des Magistrates zu überreichen.

Wien, am 4. Februar 1892. 1—3

M.-Z. 15139 ex 1892

III.

Kundmachung.

(Heirats-Ausstattung.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekannt gemacht, dass aus der von Herrn Jonas Freiherrn von **Königswarter,** um das Andenken seiner am 14. Mai 1861 verstorbenen Gattin für fortwährende Zeiten zu ehren, errichteten **Josefine von Königswarter'schen Heirats-Ausstattungs-Stiftung** die Zinsen zur Ausstattung eines unbescholtenen Mädchens, deren Eltern **dem Gemeindeverbande der Stadt Wien** angehören, wobei unter sonst gleichen Bedingungen **eine Waise, namentlich eine mutterlose** den Vorzug hat, zur Verleihung kommen.

Die Ausstattung soll womöglich **am 14. Mai ausbezahlt** werden, wenn der urkundliche **Beweis über die gesetzmäßig geschlossene Ehe** geliefert wird.

Die in diesem Jahre zur Verleihung kommenden Interessen betragen 287 fl.

Diejenigen, welche auf diese Stiftung Anspruch erheben wollen, haben ihre mit den nöthigen Behelfen versehenen Gesuche **bis längstens 15. April 1892** im Einreichungsprotokolle des Magistrates zu überreichen, da auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden könnte.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,

am 27. Jänner 1892. 3—3

Inhalt.

Gemeinderath: Seite

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 5. Februar 1892.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Dr. Linke und Pollak wegen Fernbleibens . . . 235
2. Spende der Erben nach Louis Freiherrn von Haber-Linsberg 235
3. Reinerträgnis des Wohlthätigkeits-Concertes Rubinstein . . . 235
4. Spende der Frau Mathilde Lipitt, geb. Miller v. Aichholz 235
5. Spende des Herrn Karl Preysing und der Frau Julie Kostner 235
6. Beantwortung der Interpellationen des Gem.-Rathes Grünbeck, betreffend die Militäreinquartierung in Neuwaldegg im XVII. Bezirke . . . 235
des Gem.-Rathes Dobeš, betreffend die Subventionierung der Rettungsabtheilung der freiwilligen Turner-Feuerwehr im XII. Bezirke . . . 235
und des Gem.-Rathes Bärtl, betreffend die Einquartierungsersätze bezüglich der Getreidemarkt- und der Salzgriesкaserne 236

Einlauf:

7. Erlass des k. k. Ackerbauministers, betreffend die Abänderung des §. 3 der Marktordnung für den Central-Viehmarkt 236
8. Resolution des politischen Volksvereines im XIX. Bezirke, betreffend die Wasserversorgungsfrage Wiens 236
9. Petition einer Anzahl Hausbesitzer der Apollogasse, betreffend die Eröffnung eines Linienwall-Durchbruches in der Verlängerung dieser Gasse . . . 236

Interpellationen:

10. Gem.-Rath Grünbeck, betreffend den Beginn der Arbeiten der Wiener Verkehrsanlagen . . . 236
11. Gem.-Rath Hawranek, betreffend die Auflassung der Lehrmittel-Ausstellung im alten Rathhause . . . 237
12. Gem.-Rath Seiler, betreffend die Controlierung der Fahrordnung der Wiener Tramway-Gesellschaft . . . 237
13. Gem.-Rath Rückauf, betreffend die Frage der Erhöhung der Steuerfreiheit für Neu- und Umbauten . . . 237

Anträge:

14. Gem.-Rath Scheidl, betreffend die Abstellung eines Übelstandes beim Abwägen am Central-Viehmarkte . . . 237
15. Gem.-Rath von Neumann, betreffend die Pflasterung der Fuhrmanns- und Löwenburggasse im VIII. Bezirke . . . 237
16. Gem.-Rath Meißl, betreffend die Herstellung eines geräuschlosen Pflasters beim alten Universitätsgebäude . . . 237

Referate:

17. Gem.-Rath Kreindl, betreffend die Subventionierung des Humanitätsvereines „Nicolaus" in Ottakring . . . 238
18. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Wärmestuben- und Wohlthätigkeitsvereines . . . 239
19. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Vereines für entlassene Sträflinge . . . 243
20. Derselbe, betreffend die Überlassung eines Grundes an den Weinbauverein im XVIII. Bezirke zur Anlage eines Versuchsweingartens . . . 244
21. Gem.-Rath Dr. Huber, betreffend die Subventionierung des Kirchenmusik-Vereines „St. Florian" in Margarethen . . . 246
22. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Schulvereines für Beamtentöchter . . . 247
23. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Wiener Bienenzüchter-Vereines . . . 248
24. Gem.-Rath Schneiderhan, betreffend die Subventionierung der evangelischen Schulen in Wien . . . 248
25. Gem.-Rath Noske, betreffend die Erhaltung der in mehreren ehemaligen Vorortegemeinden bestehenden öffentlichen Kindergärten . . . 248
26. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Vereines für Arbeitsvermittlung . . . 249

Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 5. Februar 1892.

Inhalt:

1. Gem.-Rath Matzenauer, betreffend Verleihung einer communalen Auszeichnung an den k. k. Hof- und Kammer-Juwelier Josef Mayer sen. . . . 256

Stadtrath:

Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 29. Jänner 1892 . . . 256

Allgemeine Nachrichten:

Notiz, betreffend das Statut sowie die Geschäftsordnung für den Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien 2c. . . . 259

Approvisionierung:

Täglicher Fleischmarkt vom 31. Jänner bis 2. Februar 1892 . . . 259
Pferdemarkt vom 5. Februar 1892 . . . 259
Schlachtviehmarkt vom 8. Februar 1892 . . . 259
Städtisches Lagerhaus . . . 260
Öffentliche Sicherheit . . . 260

Armenangelegenheiten:

Spende . . . 260

Gewerbeangelegenheiten:

Gewerbeanmeldungen . . . 260

Kundmachungen . . . 260—262

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler) Wien, I., Wallfischgasse 10.